

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden Nr. 1208, Raben & Comp.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonten: Sächsische Staatsbank, Dresden, Post u. Arbeiter, Angehörigen u. Beamten, W.B., Dresden, Gruber, Arnolds, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es auch ohne obere Aufsicht höherer Gewalten, bei der Besizer der Dresdner Volkszeitung kein Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Denken, Kampf“ sowie der wöchentlichen Wochenbeilage „Der Sonntag“ monatlich 2,40 M., einzeln 45 Pf., Pringelohn, (Einschub „Sonntag“ 2 M., einzeln 35 Pf., Pringelohn.) Vorbezug nur mit „Sonntag“ 1,95 M., auswärts Post- und Zustellungsgebühren.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 201. Expeditionsbüro nur wochentags von 12 bis 1 Uhr
 Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25 201 u. 12 707, Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags
 Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Anzeigenpreise: Die 10 mm breite Normalzeile 35 Pf., die 80 mm breite Reklamezeile 2 M., für auswärts 40 Pf., u. 1,50 M., abhängig von der Länge der Zeile, Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 20 Pf., netto, für Briefmarken 10 Pf., Einzelnr. 10 Pf.

Nr. 134

Dresden, Freitag, den 10. Juni 1932

43. Jahrgang

Die Einheitsfront der Freiheit

Auftakt der Eisernen in Berlin Kampfruf der christlichen Gewerkschaften

Berlin, 10. Juni. (Eig. Funknachr.) Die Eisernen Front Berlins — Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Reichsbanner, Arbeiter-Sportverbände — marschierte am Donnerstag im großen Saale des Glou zum Wahlkampf auf. Neben den erprobten Veteranen des Kampfes gaben die Jungen, die sich zahlreich eingefunden hatten, der Veranstaltung ein besonderes Gepräge. Sie zeigten ein hinreichendes Bild der Disziplin, der Aktionsfähigkeit und Geschlossenheit.

Der Vorsitzende der Berliner Sozialdemokratie, Franz Künster, wies in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß bei einer Aufhebung des Z.A. und Z.V. Verbots die volle Verantwortung für Sicherheit und Leben der Staatsbürger auf die Reichsregierung lasse. Die Arbeiterschaft werde sich der Soldaten des Kapitalismus mit allen Mitteln erwehren. (Stürmischer Beifall)

Aufhäuser, der Vorsitzende des Abambundes

sprach zum Kampfauftritt der Eisernen Front über das Thema: Die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterschaft. Das Kabinett Papen — so führte er aus — wende sich gegen den Klassenkampf, während es selbst eine Regierung des Klassenkampfes nach oben darstellt. Wir beantworten seine Kampfanfrage mit der Klassenolidarität von unten. (Stürmische Zustimmung.) Der Reichspräsident soll gesagt haben, daß die beiden Gewerkschaften aus der Regierung herausmüssen. Was das dementsprechend sein oder nicht: Tatsache ist, daß sie heraus sind. Der Reichspräsident war in diesem Falle schlecht beraten. Er vergaß, was die Gewerkschaften nach dem Kriege geleistet haben, und er veranlaßte die Arbeit unserer Organisationen. Wer den Gewerkschaften den Krieg erklärt, steht auf dem Kopf. (Stürmischer Beifall.) Entweder wird ein organisiertes Deutschland bestehen oder Deutschland wird nicht bestehen. Man erstrebt ein Willkürbündnis mit Frankreich und Polen gegen Rußland. Die Herren mögen aber versichert sein, daß sie bei einem solchen Kapitalistenkrieg auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiter, wie auch immer sie parteipolitisch eingeteilt sein mögen, nicht zu rechnen haben. (Stürmische Zustimmung.) Schließlich sehen jetzt die Kommunisten die Fehler des Nationalsozialismus ein.

Die Führer der Kommunisten allerdings haben die geschichtliche Situation noch nicht begriffen.

Der Sozialismus steht vor der Tür, und in der Arbeiterschaft, das wissen wir aus den Betrieben, leht die gewaltige Sehnsucht, die große Kraft einer einheitlichen Arbeiterklasse in die Waagschale werfen zu können. Das aber kann nur kommen, wenn Arbeiter in ihren Kämpfen untereinander Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit zeigen.

Wesen und Inhalt dieses Wahlkampfes muß sein, die Einheit aller Schaffenden gegen Reaktion und Kapitalismus, für den Sozialismus herzustellen.

Diese Einheit ist für uns die Eisernen Front. Sie vereint die politische, wirtschaftlich und kulturell über den Parteirahmen hinaus organisierten Arbeiter. Wir fragen auch die Proletarier aus der Z.A., wie lange sie noch für die Klassenfeinde, die die Hitler-Bewegung dirigieren, kämpfen wollen? Man gibt

Streichung der Reparationen? MacDonalds und Sir Simons Vorschläge

P. Paris, 10. Juni. (Eig. Funkn.) Das Echo de Paris meldet aus London, daß MacDonald und Sir John Simon in Paris und Lausanne ohne weitere Umschweife die

vollständige Streichung der Reparationen und Kriegsschulden

vorschlagen werden. Gehe Amerika auf die Streichung der Kriegsschulden nicht ein, dann wolle sich England verpflichten, sich Frankreich und den anderen interessierten Staaten anzuschließen, um gemeinsam den Vereinigten Staaten mitzuteilen, daß die Schuldzahlungen unmöglich fortgesetzt werden könnten, wenn Deutschland keine Reparationen mehr zähle. In London glaube man jedoch, daß in Lausanne noch kein endgültiges Abkommen, sondern nur eine Art Vorabkommen abgeschlossen werden könne. Man werde sich schließlich darauf beschränken, das Hoover-Moratorium bis Ende des Jahres zu verlängern.

ihnen eine neue Uniform. Man kleidet sie ein und verleiht ihnen den Totenkopf, sie dürfen hauen, stechen und schießen — sie dürfen nur nicht fragen, wofür! Die Politik macht das Kabinett Papen im Verein mit dem Braunen Haus.

Den Proletariern der Z.A. wird man später mitteilen, wofür sie als Kanonenfutter dienen sollen.

Wir weisen weder vor Drohungen noch vor Gewalt. Unsere motorische Kraft ist der Wille zur sozialistischen Gestaltung der Welt. Wir haben nicht den geringsten Grund, den Kopf hängenzulassen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist für uns! Der Verfall des Kapitalismus wird weder durch ein „Präsidialkabinett“ noch durch den Verfall von Reichswehr und Landstrecken der Z.A. aufgehalten werden.

Der Kampfpappell Aufhäuser wurde von der Berliner Arbeiterschaft mit einer so starken Zustimmung aufgenommen, wie man sie selten erlebt hat.

Christliche gegen Baronsregierung

Berlin, 10. Juni. (Eig. Funkn.) Das Kartell der christlichen Gewerkschaften für Groß-Berlin veranstaltete am Donnerstagabend in den Räumen des Reichswirtschaftsrates eine bedeutende Kundgebung. In ihrem Mittelpunkt stand ein Vortrag des christlichen Bergarbeiterführers Heinrich Imbusch, der zum ersten Male seit dem Kriegsende vor den Berliner Gewerkschaften das Wort erhielt. Imbusch betonte, es gehe in dem von der Papen-Regierung eingeleiteten Kampf nicht nur um die Arbeitnehmer und um die Gewerkschaften, sondern um die Interessen des Gesamtvolkes und um die Interessen Deutschlands. Ein Klassenstaat wie ebendies dürfe nicht wiederkehren. Es dürfe nicht wieder dahin kommen, daß einzelne, daß eine Klasse die Herrschaft ausübe und daß nur wenige große Einkommen haben werden, während Millionen am Verhungern sind. Der Staat sei allerdings gewissermaßen zu einer Wohlfahrtsanstalt gemacht worden, aber weniger für die Arbeitnehmer als für andere Kreise. Nie sei für die Landwirtschaft und insbesondere die des Ostens mehr getan worden als in den letzten Jahren.

Nunmehr haben sich die Gewerkschaften aller Richtungen gegen das Programm der Baronsregierung ausgesprochen — um so mehr Sympathie bringen die Nazis dem Kabinett der Kraut- und Schlotjunker entgegen.

Der große Abbau



„Sie bringen Menschenleben in Gefahr!“
 „Ist uns ganz egal. Der Bau muß herunter!“

Sachsenregierung gegen Reichsregierung Scharfe Kritik am sächsischen Etat

O. E. Dresden, 10. Juni.

Nachdem die Rede des sächsischen Finanzministers in der Presse bereits ein kritisches Echo gefunden hat, kam im Landtage der Durchsicht des Etats allein in diesem Jahre nicht mehr die unmittelbare Bedeutung zu, die an sich selbstverständlich ist, wenn man bedenkt, daß das Budgetrecht von jeher die wichtigste Aufgabe der Volksobervertretung ist. Hinzu kommt, daß für Veränderungen im Etat ein bescheidener Spielraum bleibt, weil 86 Prozent der Einnahmen des Staates durch reichsgerichtliche Bestimmungen vorgeordnet sind, weil der Kreditmarkt für die Aufnahme von Anleihen ungünstig ist und der Staat bereits die Zinsen für fast 300 Millionen Mark Anleihen zahlen muß. Auch auf der Ausgabe Seite des Haushaltsplans liegen unüberwindliche Bindungen vor, vor allem bei den Ausgaben für Personalstellen. Es kommt deshalb darauf an, daß die beweglichen Kapitel des Etats nach sozial- und kulturpolitischen Gesichtspunkten aufgestellt werden. Daß die Regierung falsche Sparprinzipien angewendet hat, daß sie die bisher eingestellten Summen für die Wohlfahrtspflege, die Sozialpolitik, das Schulwesen weiter verkürzt, veranlaßte die sozialdemokratischen Redner, die Genossen Edel und Hartsch, zu einer Kritik, die an sachlicher Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ. Ihre Aufgabe war es aber vor allem, den Zusammenhang zwischen dem sächsischen Haushaltsplan und der gesamtpolitischen Entwicklung in Deutschland aufzuzeigen. Sachsen als industrielles Land muß weit über den Reichsdurchschnitt hinaus ungeheure Kosten für die Unterhaltung der Erwerbslosen aufbringen. Die Wirtschaftsgerrüttung schwächt die Steuerkraft des Landes. Nur ein starker außenpolitischer Verständigung über die großen, noch immer strittigen Probleme, die Reparationen, Kredit- und Wirtschaftsfragen, eröffnet einen Ausweg aus der Hölle des Elends, in der sich jetzt die deutsche Arbeiterschaft befindet. Nicht Abbau der sozialen Leistungen des Staates, sondern verbesserter Schutz für die Hilfsbedürftigen, nicht Interessenwirtschaft machtgieriger Mächte, sondern gemeinnützige Arbeitsbeschaffung sind die immer dringenderen Forderungen der Gegenwart. Der neue Reichskanzler aber hat das große Wort gelassen ausgesprochen, daß die Nachkriegsregierungen den Staat zu einer Art Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht hätten? Welche Stellung nimmt die sächsische Regierung zum Programm des Adelskabinetts in Reichs ein? Ist sie gewillt, um der sächsischen Interessen willen den Unverantwortlichkeiten des Herrn v. Papen entgegenzutreten? Wird sie sich auf der Konferenz der Länder, die am nächsten Sonnabend stattfindet, so fragte der erste sozialdemokratische Redner, dem verderblichen Kurs der neuen Reichsregierung entgegenstellen? Die Haltung der Sozialdemokratie zum Staatshaushaltsplan ist nicht nur abhängig von der Höhe der Ausgaben für bestimmte Verpflichtungen des Staates, sondern auch davon, in welchem Geiste und in welchem Sinne der Staat geleitet wird, ob der Verwaltungsapparat republikanisch seine Pflicht erfüllt. Wir stehen der gegenwärtigen Geschäftsregierung in Sachsen nach den Erfahrungen auf den Gebieten der inneren Verwaltung, der Polizei und der Justiz mit starkem Mißtrauen gegenüber.

Gerade deshalb, weil die sächsische Regierung bisher in entscheidenden Punkten auswich oder direkt die „nationalverbürgte Propaganda der Nationalsozialisten“ begünstigte, ist die Antwort bemerkenswert, die der Ministerpräsident auf die sozialdemokratische Fragenstellung erteilte. Er erklärte mit einer Klarheit, die man sonst an ihm oft vermißt, daß

die Bestellung eines Reichskommissars für Preußen, die ohne Zweifel von der Regierung v. Papen beabsichtigt war, nicht auf die bloße Tatsache gestützt werden könne, daß in einem deutschen Lande keine parlamentarische, sondern nur eine geschäftsführende Regierung amtiere und daß finanzielle Schwierigkeiten eines Landes zu einer Reichsregulierung keineswegs berechtigen können.

Die sächsische Regierung stütze sich in ihrer Amtsführung auf die Verfassung, und gewisse Rechte, die die Verfassung be-

leitigen möchten, würden vielleicht erst zu spät erkennen, welchen Wert sie habe.

Der Landtag wird sich später damit beschäftigen müssen, ob er die von Schick aufgestellten Grundzüge der Reichsregierung gegenüber mit der gleichen Schärfe vertreten will wie es gestern durch den Ministerpräsidenten von der Tribüne des Landtages aus gesehen ist.

Der Redner der Nationalsozialisten, Herr Kunz, fühlte sich offenbar schon in der Rolle des Regierungspolitikers. Es ging um gedämpfter Trommelklang. Er drehte und wandte er sich wie ein Wurm, aber man merkte seiner Rede an, daß die Nationalsozialisten das Reichskabinett der Grafen und Barone tolerieren.

Auf die Rede des Kommunisten Kenner konnte man immerhin gespannt sein. Haben die Kommunisten wirklich die Absicht, der gegenwärtigen, für die Arbeiterschaft gefährlichen Situation Rechnung zu tragen; wollen sie ihre unheimliche Agitation aufgeben, nach der ein Sozialdemokrat schimmer sein soll als ein Bürgerlicher?

Nach ein mal hat die Arbeiterklasse bei der Reichstagswahl Gelegenheit, die Machtansprüche der brutalsten Interessentengruppen abzuwehren und ihren eigenen Wideraufstieg zu sichern.

Grundsätzliche Ablehnung Kunz und die Notverordnungspolitik

In der gestrigen Landtagssitzung führte der Naziabgeordnete Kunz u. a. aus, die Nazis hätten auch unter der gegenwärtigen Regierung an der grundsätzlichen Ablehnung der Notverordnungspolitik festgehalten.

SPD. fordert Auskunft

Breitscheid verlangt Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 9. Juni. (Gig. Funk.) Im Auftrage der sozialdemokratischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses richtete Abgeordneter Dr. Breitscheid an den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Dr. Fried, das Ersuchen, diesen Ausschuss in der aller nächsten Zeit zu einer Sitzung einzuberufen.

Die Ausführungen, die die Reichsregierung in ihrer durch die Presse veröffentlichten Erklärung über ihre außenpolitischen Ideen und Absichten macht, sind außerordentlich dürftig.

Eigentlich müßte schon die Regierung das Bedürfnis haben, den Auswärtigen Ausschuss zu informieren.

Zardieu republikanisches Zentrum

P. Paris, 10. Juni. (Gig. Funk.) Zardieu hat aus Mut darüber, daß zahlreiche seiner Fraktionskollegen sich bei der Abstimmung über die Vertrauensabgabe für die Regierung der Stimme enthielten, eine neue Fraktion mit dem Namen "Republikanisches Zentrum" gegründet.

Das dreimonatige Verbot der sozialdemokratischen Danksagerbestimmungen ist vom Oberverwaltungsgericht auf zwei Monate verlängert worden.

Viel Worte - wenig Klarheit

Die Erklärung des Reichsinnenministers im Reichsrat

Der Reichsinnenminister Freiherr von Gahl hat im Reichsrat eine Erklärung abgegeben, die durchaus der sogenannten Regierungserklärung des Kabinetts der Barone gleicht: viele Worte, aber wenig Realitäten!

Der Reichsinnenminister hat sich klar zum föderalistischen Prinzip bekannt, wobei offenbar nach den Wünschen seiner Regierung eine enge Verbindung zwischen Preußen und dem Reich wie im Kaiserreich hergestellt werden soll.

Der Freiherr von Gahl hat weiter verkündet, daß die Verfassung von Weimar reformbedürftig sei und umgebaut werden müsse, und daß das Kabinett der Barone eifrig daran arbeiten werde.

die sich den Plänen einer monarchistischen Restauration entgegenstellen. Er hat deshalb erklärt, daß alles Gerede über Kabinettspläne zur Wiederherstellung der Monarchie törichtes und schädliches Geschwätz darstellen.

Der Freiherr von Gahl vermehrt sich für sich und für das Kabinett gegen den Vorwurf der Reaktion. Er tut es mit einigen billigen Worten, die an den wirklichen Problemen glatt vorbeireden.

Kurzum: Der Freiherr von Gahl hat eine ganz klare Kursbestimmung in der Richtung der extremen Reaktion hin gegeben.

Straffreiheit für Mörder!

Kommunisten und Nazis stimmen für Amnestie

Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtags nahm am Donnerstag die von den Nationalsozialisten und Kommunisten gestellten Amnestieanträge an.

„Diese Amnestie, wie sie die Nationalsozialisten und Kommunisten für alle politischen Delikte ohne Unterscheid fordern, ist gekennzeichnet durch ihre Unerlöschlichkeit.“

Auch die schwersten und rohesten Taten, Mord und sexualsüchtiger Totschlag, sollen nach dieser Amnestie völlig straffrei sein.

Dabei operieren Nationalsozialisten wie Kommunisten mit Listen ihrer von politischen Gegnern erschlagenen Anhänger, die je mehrere hundert Namen umfassen.

typisch nationalsozialistisch, daß sie im gleichen Atemzug Rache wie Amnestie fordern.

Die Urheber der Amnestieanträge haben sich überhaupt nicht Sorgen gemacht, welche Taten alle unter die von ihnen verlangte Amnestie fallen.

Die Nationalsozialisten wollen den Terror legalisieren. Sie wollen ihren Anhängern die Ueberzeugung verschaffen, daß sie politische Gegner umbringen und niedererschlagen können, ohne dabei die geringste Strafe zu riskieren.

Das Tragikomische ist bei der Sache, daß die Kommunisten wieder einmal den Nationalsozialisten bei der Ausbreitung ihres Terrors helfen, obwohl Gregor Ströher angekündigt hat, daß unter nationalsozialistischer Herrschaft jeder Kommunist niedergeschlagen werde.

So verlangen wir die Begnadigung derer, die sich verteiligt und die Republik geschädigt haben.

Einen solchen Antrag haben wir eingebracht. Ferner verlangen wir eine Amnestie für Tefliste, die aus Not begangen sind, allerdings mit der Einschränkung, daß solche Taten davon ausgenommen bleiben, die aus Rache, Gewinnlust und gemeiner Gefinnung der

Täter begangen worden sind. Ein entsprechender Antrag liegt gleichfalls vor.

Als Vertreter des preussischen Justizministeriums gab Ministerialdirektor Huber Auskunft über die Zahl der politischen Mordefälle in den letzten Jahren.

Die Zahl der politischen Morde ist im Steigen. Dies geht daraus hervor, daß von den genannten 80 bis 90 Fällen auf die fünf Monate des Jahres 1932 allein 40 kommen.

Zu Beginn der Abstimmung erklärte der Kommunist Steinfurt: Nachdem der kommunistische Antrag, der die Forderungen nach der Amnestie ausnimmt, abgelehnt sei, würden die Kommunisten für den nationalsozialistischen Antrag stimmen.

allgemeine Amnestie für alle politischen Straftaten vorzuziehen, mit der Mehrheit - Nationalsozialisten, Deutsche nationale, Kommunisten - angenommen.

Für die weiteren Bestimmungen, die eine Beamtenamnestie (Rückgängigmachung von Disziplinarstrafen) forderten, stimmte ein großer Teil auch dem Zentrum. Dagegen wurde der Amnestieantrag, der die Verbrechen gegen das Leben von der Amnestie ausnimmt, gegen die Stimmen der Antragsteller und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eine besondere Debatte ergab sich noch der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes. Der nationalsozialistische Antrag will, daß das Gesetz am Tage nach seiner Verkündung in Kraft tritt.

geradezu dazu ermutigt, noch ehe der Inkrafttreten des Gesetzes Gewalt- und Mordetaten zu begehen, somit Straffreiheit sogar für künftige Verbrechen in Aussicht stelle.

Trotzdem lehnte die nationalsozialistisch-kommunistische Mehrheit den Zentrumsvorschlag ab und beließ es bei dem nationalsozialistischen Wahnsinn. Die gleiche Mehrheit nahm auch noch eine Entschließung an, wonach die preussische Regierung schon vor Inkrafttreten des Gesetzes alle Strafverfolgungen unterbrechen und alle Verurteilten auf freien Fuß setzen soll.

Trotz dem Erfolg der verbündeten Blockparteien ist noch keineswegs gewiß, ob diese Brantierung des nationalsozialistischen Terrors wirklich Gesetz werden wird.

pro...
ber...
den...
den...
mit...
gu...
weg...
ber...
Rei...
fei...
des...
und...
Was...
je...
and...
Jann...
Jual...
vom...
Frage...
Dillo...
Dr...
Dille...
Sch...
in...
nich...
den...
insul...
baran...
Frage...
nach...
lich...
ihm...
wiede...
walle...
handl...
Anges...
Sch...
Sü...
fand...
Dr...
die...
fü...
sagte...
Kinde...
äußer...
den...
einen...
den...
bede...
bede...
konzi...
fanz...
gij...
u. a. m...
gierung...
Debau...
worden...
vor...
hoffen...
ganz...
in...
Finanz...
gehöre...
Gemein...
Die...
Regieru...
Wobille...
aber...
da...
renden...
sich...
gef...
„Das...
nicht...
keine...
don...
ber...
sammlun...
und...
Zwischen...
ein...
dem...
wie...
nach...
dag...

„Die Partei bin ich“

Der Sonnenkönig vor Gericht

Peinliche Fragen machen den „Führer“ nervös - Hitler kann sich nicht erinnern - 1000 Mark Strafe für den Lobenden

D. München, 9. Juli. (Sig. Drahtbericht.)

Die Vernehmung Hitlers als Zeuge im Reichsgerichtsprozess Abel, über die wir gestern bereits kurz berichtet haben, verlief anfangs ganz manierlich. Im Gegensatz zu seinen Unterführern fand Hitler zunächst auch dem Rechtsanwalt Rosenfeld brav Rede und Antwort. Er erklärte, daß er niemals mit dem Italiener Magliorati eine Unterredung hatte, er kenne den Mann überhaupt nicht. Italienern gegenüber habe er von Südtirol nur immer in dem Sinne gesprochen, daß es seinen Kampf in Deutschland ungeheurer erleichtern würde, wenn die italienische Regierung gewisse Güten (1) gegen die Südtiroler Bevölkerung mildern könnte. Finanziell habe er mit dem Ausland nichts zu tun.

Als der Vorsitzende an Hitler die Frage richtet ob seine Bewegung überhaupt aus dem Ausland Geld erhalten hätte, erklärte der Zeuge, daß die nationalsozialistische Bewegung eine großdeutsche Bewegung sei und sich über die ganze Welt erstrecke. Wo sei klar, daß in so unruhigen Zeiten, wie zum Beispiel während des Ruhrkampfes, die Deutschen in der ganzen Welt bewegt würden, und daß von ihnen

dem Nationalsozialismus Unterstützung für die Bewegung ausgeht seien.

Was Abel in dieser Beziehung sage, sei das Unberühmteste, was er je erlebt habe. Wenn das alles wahr wäre, so bliebe ihm nichts anderes übrig, als zur Wüste zu greifen.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Ehrhardt, ob Hitler bekannt geworden sei, daß Vertreter seiner Partei Verhandlungen mit Italien geführt hätten, erklärte Hitler:

„Was heißt Vertreter der Partei? Das könnten nur Leute sein, die mich persönlich vertreten, denn die Partei bin ich.“

Eine Reihe weiterer Fragen der Verteidiger Abel wird vom Gericht nicht zugelassen. Schließlich kam es im Verlauf der Fragestellungen zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Hitler und den beiden Verteidigern Rechtsanwalt Ehrhardt und Dr. Rosenfeld. Als diese Hitler fragten, ob es richtig sei, daß die Hitlerbewegung Gelder von den Stodawerken und dem Schneider-Creuzot-Konzern bezogen hätte, fuhr Hitler in höchster Erregung auf und schrie den Verteidigern zu: „Ich lasse mich nicht beleidigen. Was fällt Ihnen ein? Ich kann es vor den Millionen meiner Anhänger nicht verantworten, mich hier insultieren zu lassen.“

Ich gebe diesen jüdischen Rechtsanwältinnen keine Antwort mehr.“

Der Vorsitzende ermahnte Hitler zur Ruhe und machte ihn darauf aufmerksam, daß er jetzt die vom Gericht zugelassenen Fragen der Rechtsanwältinnen beantworten müsse. Hitler betonte nochmals, daß es für ihn und seine gesamte Bewegung unerträglich sei, in dieser Weise insultiert zu werden. Alle diese Dinge, die ihm hier vorgehalten wurden, seien von A bis Z erlogen. Auch wiederholte Versuche des Vorsitzenden, Hitler zu bewegen, den Anwälten Antwort zu geben, blieben erfolglos.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Angeklagte und seine Verteidiger auf dem Gerichtsgang vor dem Schwurgerichtssaal angerempelt worden seien und daß er, der

Vorsitzende, deshalb die polizeiliche Klärung des Ganges veranlaßt habe. Sodann ver kündete der Vorsitzende, daß das Gericht

den Zeugen Hitler wegen Verweigerung des Zeugnisses zu einer Ordnungsstrafe von 800 M., im Nichterbringungsfall zu 16 Tagen Haft sowie zur Tragung der durch die Verweigerung verursachten Kosten verurteilt habe. Ferner wird der Zeuge Hitler wegen Ungehör vor Gericht zu einer Ordnungsstrafe von 200 M., im Nichterbringungsfall zu drei Tagen Haft verurteilt.

In der Begründung des Urteils wurde angeführt, daß der Zeuge sich laut schreiend gegen die Verteidiger gewandt und in verletzendem Ton von „jüdischen Rechtsanwältinnen“ gesprochen habe.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld gab hierauf eine Erklärung ab, wonach es der Verteidigung infolge des Verhaltens des Zeugen Hitler unmöglich sei, die Wahrheit zu ermitteln. Die Behauptungen des Zeugen hindern die Verteidigung, an ihn Fragen zu richten, die die Verteidigung für notwendig halte. Das müsse festgestellt werden.

damit die Öffentlichkeit wisse, woran es liege, wenn die Wahrheit in diesem Prozess nicht ermittelt werde.

Auf die an Hitler gerichtete Frage des Vorsitzenden, ob er in einem Gespräch beim Ostbahnhof erstmalig seine geänderte Auffassung über die Südtiroler Frage entwickelt und dabei Bezug genommen hätte auf eine Unterredung, die er angeblich mit einem Abgeordneten des italienischen Faschismus hatte, erklärt Hitler, daß er sich an diese Unterredung nicht mehr erinnern könne, betont aber, daß er im Jahre 1922 nie mit einem Italiener gesprochen habe.

Es ist ein alter juristischer Erfahrungssatz: Schuldlosigkeit äußert sich in Ruhe. Hysterische Ausbrüche sind noch nie ein Erlaß für die Wahrheit gewesen. Wenn Herr Hitler, nach dem Beispiel des großemwöhnlichen französischen „Sonnenkönigs“, der erklärte: „Der Staat bin ich“, in den Saal kommt: „Die Partei bin ich“, und wenn er, all seine lämmelhafteste Manierlosigkeit enthüllend, sich mit gelendem Breckschiff verhilft, von jüdischen Rechtsanwältinnen befragt zu werden, so dokumentiert er nur seine Unsicherheit. Nicht aber beweist er mit diesen Rinnstein-Argumenten, daß Schneider-Creuzot und Stoda, die beiden an der Forderung der Welt keineswegs interessierten Rüstungsindustriellen, dem ihren Geschäften so überaus dienlichen Nationalsozialismus keine Zuwendungen gemacht haben.

„Die Deutschen in der Welt“ haben, begeistert für die Ideenlosigkeit seiner Lehre, ihn unterstützt, sagt Hitler.

Wenn meint er mit diesen „Deutschen“? Sind bei der internationalen Verrippung des Großkapitals nicht vielleicht auch Schneider oder Stodas Subventionen durch deutsche Kanäle geflossen?

Zunächst ist die Behauptung, die Paul Kauter, gewiß nicht leichtfertigerweise, aufgestellt hat, nicht widerlegt. Ist Herr Hitler von der Reinheit seiner Worte überzeugt, so sollte es selbst seiner geistigen Armut möglich sein, andere Beweismittel zu finden als unsfätige Redensarten.

Reaktionäre Futterkrippenwirtschaft

Berlin, 10. Juni. (Sig. Funk.) Die deutschnationalen Fraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags hielten am Donnerstag nachmittag eine gemeinsame Sitzung im Reichstag ab. Der parteiöffentliche Bericht darüber sagt u. a., die Fraktionen seien einmütig der Auffassung, daß jede Wiederaufbauarbeit im Reich und in Preußen mit einer Säuberung des Verwaltungsapparates von den durch die bisherigen Regierungen eingeleiteten „Parteidurchbeamten“ zu beginnen habe.

Keine Partei treibt eine schlimmere Parteibuchbeamten-Wirtschaft als die Freunde der Deutschnationalen, die Nationalsozialisten. Vielleicht begimmen die Deutschnationalen mit ihrem Kampf gegen das Parteibuchbeamtentum bei den Nazis, denn sie wollen doch mit diesen zusammen Deutschland reinigen und erneuern.

Das wollen sie!

Zurück zum Dreiklassenwahlrecht!

Auf dem Hamburger Verbandstag des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes machte der wiederberufene Verbandsvorsteher Beck die folgende Enthüllung:

Die reaktionären Kreise seien bereit gewesen, die Politik Brüning zu unterstützen unter einer Bedingung: Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung und der Schiedsgerichte. Arbeitsminister Siegelwald habe daraufhin erklärt: „Das fehlt ja nur noch eins, nämlich die Einführung des Dreiklassenwahlrechts. Die Bestrebungen können nur eingeführt und durchgeführt werden über meine Leiche.“

Das Wort trifft ins Schwärze! Abschaffung der Arbeiter, Wiederkehr des Herrnhäufers der Junker, und das alte Dreiklassenwahlrecht, bei dem ein Verdienst ein tausendfaches Wahlrecht hat gegenüber dem Arbeiter! Das wollen sie — daran müssen wir sie hindern!

Berliner Produktenbörse vom 9. Juni

Table with market prices for various goods like Weizen, Roggen, and Hafer. Columns include item names and prices in Mark and Pfennig.

Handelsstatistische Dienstungsschätze am 10. Juni. Weizen - Brief, Juli 201-201 1/2 - 200 1/2 (Porten 205 1/2 - 205), September 201 - 30 (238 1/2 - 238), Oktober 202 Brief (234 1/2), Dezember 203 1/2 (258 - 257 1/2). Tendenz: flau. - Roggen 190-192 Brief Juli 188 Weib (196 1/2 - 196 1/2), September 192 1/4 - 181 1/4 (184 1/2 bis 183), Oktober 183 1/2 - 183 (180 1/2 - 181 1/2), Dezember 185 1/2 - 185 1/2 (188 1/2 - 187). Tendenz: matter. - Hafer 157-161, Juli 165 - 164 (170 - 168 1/2), September, Oktober, Dezember - Tendenz: matt.

Preisnotierungen für Eier. a) Deutsche Eier: Prinsler, über 60 Gramm 7,25, über 60 Gramm 7,00, über 50 Gramm 6,50, über 48 Gramm 5,50, frühe Eier über 60 Gramm 6,50, über 58 Gramm 6,00, außerordentliche, kleine und Schmalze 5,50; b) Ausländer: Dänen und Schweden über 7,25, 6,75, 15 1/2 - 16 1/2, 6,00; leichere 5,25; Holländer 6,00 - 6,2 Gramm 6,25 - 6,50; Rumänien 4,75 - 5,25; Russen normale 4,25 - 5,00; kleine Mittel- und Schmalze 4,00 - 4,25. - Die Preise beziehen sich in Reichspennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbegleiter und Eiergroßhändler ab Wagon oder Lager Berlin nach Berliner Waagen. Tendenz: ruhig.

Wasserstände der Eger, Elbe und Moldau

Table showing water levels for Eger, Elbe, and Moldau rivers at different stations.

Wettervorhersage für den 11. Juni

Keine wesentliche Änderung.

Z.G. Nächste Sitzung Mittwoch, den 15. Juni, abends 6 Uhr, im Druckereigebäude, Weßlingerplatz 10, Winterhaus, 1 Treppe (Westhöfleinleitung).

Dresdner Kalender Theater am 11. Juni

Theater listings for Opernhaus, Schauspielhaus, Volkstheater, and others, including play titles and cast members.

Das Staatliche Aufschicksbüreau wird von Sonntag an Reparaturen heutiger Zeichnungen und Druckplatten, die im Laufe des letzten Jahres gelichtweise an das Reichsarchiv gelangt sind.

Süddeutschland gegen Bapen-Regierung

Der Appell an Hindenburg

München, 9. Juni. (Sig. Draht.) Im Donnerstag fand in Karlsruhe eine Konferenz der Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg und Baden statt, die sich mit den staatspolitischen Gefahren befaßte, die durch den Kurswechsel im Reich den süddeutschen Ländern von der Regierung Schleicher-Bayern drohen. Das äußere Ergebnis der Konferenz ist ein Telegramm an den Reichspräsidenten v. Hindenburg, in dem um einen gemeinsamen Empfang anlässlich der Ministerpräsidenten-Konferenz am Sonnabend oder Sonntag in Berlin gebeten wird. Das Telegramm, von dem auch der Reichskanzler unterrichtet ist, ist unterzeichnet von dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem württembergischen und dem badischen Staatspräsidenten.

Volksbetrug ohne Ende

Entstellungen im Mutschmann-Blatt

Das hiesige Nazi-Blatt beschäftigt sich in einem Artikel u. a. mit den Finanzmaßnahmen, die jetzt die preussische Regierung durchführen mußte, und stellt dabei die unverfrorene Behauptung auf, diese Maßnahmen seien nur notwendig geworden infolge der iederrlichen Finanzwirtschaft, vor der sie, die Nazis, immer wieder gewarnt hätten. Dabei wissen selbstverständlich auch Mutschmanns getreue Knechte ganz genau, daß nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt Staaten und Gemeinden unter den schwersten Finanznöten leben. Einfach deswegen, weil infolge der ungeheuren Wirtschaftskrise die Einnahmen der Staaten und Gemeinden zusammenschrumpfen und die Ausgaben steigen. Die Mutschmann-Leute verschweigen auch, daß die preussische Regierung ursprünglich gar nicht die Absicht hatte, der Bevölkerung neue Lasten und Entbehrungen aufzuerlegen, aber daß sie dazu gezwungen wurde, weil die im Reich regierenden Hitlerbarone die von der vorigen Regierung in Aussicht gestellte Hilfe verweigerten.

So wird es eben gemacht. Man schimpft drauflos: „Das System ist an alle schuldig!“ Aber um Gottes willen nicht die Wahrheit sagen, dann könnte die Firma Hitler keine Geschäfte mehr machen.

Von Nazis niedergeschlagen

Chemnitz, 10. Juni. Am Mittwoch fanden in Chemnitz zwei von der Sozialdemokratischen Partei einberufene öffentliche Versammlungen statt, in der Straße Dr. Koch sprach. Die Versammlungen waren von mehreren tausend Personen besucht. Vor und nach der Versammlung kam es in der Stadt zu mehreren Zwischenfällen. Gegen 6.45 Uhr abends wurde auf der Königsstraße ein alleinstehender Reichsbannermann von einer Horde Nazis unter dem Rufe: „Heute kommt ihr Lumpen alle dran, die Junge reißt wie euch raus!“ überfallen und niedergeschlagen. Aufbrüstung durch den Kamerad zusammen und mußte weggebracht werden.

Letzte Nachrichten

Nazihaß gegen Koalitionsrecht

Berlin, 10. Juni. (Sig. Funkpruch.) Der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes hat von neuem gegen den Versuch der Nationalsozialisten, die Vereinigungsfreiheit der Polizeibeamten zu zerstören, Stellung genommen. So bemerkt er in einer Entschließung gegen den von der nationalsozialistischen Preußenfraktion gestellten Antrag auf Auflösung des Verbandes preussischer Polizeibeamten, dieser Antrag finde weder in verfassungsrechtlich noch in allgemeinerrechtlichen Bestimmungen eine Rechtsgrundlage. Das mit dem Antrag verbundene Ziel bedeute einen schweren Angriff auf die verfassungsmäßig gewährleistete Vereinigungsfreiheit. Keine Regierung sei in der Lage, diesen Antrag ohne Verletzung der Reichsverfassung durchzuführen. Der geschäftsführende Vorstand des DVB, erwartete von der Reichsregierung, daß sie in Wahrung der Grundrechte der Reichsverfassung gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung der Vereinigungsfreiheit mit allen Mitteln vorgehe.

Wenn der neue Reichsinnenminister das tiefe Mißtrauen, das auch in der Beamenschaft gegenüber der Reichsregierung besteht, aus der Welt schaffen will, hier hat er Gelegenheit dazu.

Die Bränning ging Das amilische Dementi

Der Dortmunder Generalanzeiger gab kürzlich eine Darstellung über den Abschied Bränning von Hindenburg. Wir haben diese Darstellung mit Vorbehalt wiedergegeben. Nunmehr liegt ein amilisches Dementi vor; es besetzt, daß die Verabschiedung Bränning durch Hindenburg in der Form stattgefunden hat, wie es von dem Dortmunder Blatt behauptet wurde. Es heißt in diesem Dementi:

Diese Darstellung entbehrt jeder tatsächlichen Grundlage. Die beiden Ausprägungen des Konglers mit dem Herrn Reichspräsidenten haben sich in verbindlicher Form abgeklärt; insbesondere ist es unzweifelhaft, daß der Reichspräsident von „bolschewistischen Siedlungsplänen“ und „bolschewistischen Lohnprogrammen“ gesprochen, die Entfremdung der beiden „Gewerkschaften“ aus der Regierung gefordert und den Reichskanzler ohne ein Wort des Dankes und des Gebenkens an die zweijährige Zusammenarbeit entlassen habe. Im Gegenteil hat der Herr Reichspräsident auch bei diesen Gelegenheiten dem Reichskanzler Dr. Brüning seinen Dank und seine persönliche Hochachtung zum Ausdruck gebracht, wie das auch in dem späteren Abschiedsbriefen geschehen ist.

In dem Dementi wird weiter festgestellt, daß auch von Reichskanzler Dr. Brüning die erwähnten Pressemeldungen als unrichtig bezeichnet wurden.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Juni 1932 hat sich in der verflochtenen Banknote die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombarden und Effekten um 97,8 Millionen Mark auf 8881,4 Millionen Mark verringert. An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 80,1 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgeflossen. Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 4,7 Millionen Mark auf 996,8 Millionen Mark vermindert. Die Deckung der Noten und bedienungsfähigen Devisen beträgt 25,6 Prozent gegen 20 Prozent in der Banknote.

Zum Kampf gerüstet!

Funktionärerversammlung der SPD. Groß-Dresden

Es geht ein neuer, frischer Zug durch die sozialistischen Arbeitermassen. Ein neuer Abschnitt deutscher Politik hat begonnen. Durch die Schleiererei der „nationalen Opposition“ wurde das Kabinett Brüning zu Fall gebracht, die Regierung der Nazis setzte sich mit nationalsozialistischer Hilfe in den Sattel. Die Sozialdemokratie ist im Angriff — bei den Nazis hat die Tolerierungspolitik eingeseht. Dank ihrer Hilfe brauchte sich die Monarchregierung dem Parlament nicht zu stellen.

Ein entschlossener Angriffsweg weist durch die Reihen unserer Arbeiter. Alles ist in Fluss, alles in Bewegung geraten. Wie in Berlin und anderen Städten des Reiches, so geht sich diese Stimmung, dieser Geist der Kampfbereitschaft auch in der gestrigen Funktionärerversammlung der SPD. Groß-Dresden, die außerordentlich stark besucht war.

Genossin Tony Sender

Charakterisierte die Situation, deutete das demagogische Spiel der nationalen Opposition auf und zeichnete die Gefahren, die durch das Bündnis von Freiwirtschaftlern und Galantengeldern verschärft werden.

Alles, was von den Erregungschäften der Novemberumwälzung geblieben ist, die Grundpfeiler der Demokratie, des Selbstbestimmungsrechts des Volkes, Freiheit und Gleichheit stehen auf dem Spiel.

Wir haben in den Kämpfen der letzten Jahre viele Kräfte entfalten müssen, in dieser Hauptentscheidungskampf muß das Letzte hergegeben werden. Starker und spontaner Beifall zeigte, zu welcher Glut die letzten Ereignisse den Kampfwillen der sozialistischen Arbeiterschaft entfacht haben.

Genossin Tony Sender führte im wesentlichen folgendes aus:

In den letzten Monaten war die Gemütsstimmung in Deutschland immer schwerer und schwüler, waren die sozialen Spannungen innerhalb des Volkes immer untröstlicher geworden. Fast mittere der vor wenigen Tagen erfolgte Regierungsumwälzung eine Entladung. Jetzt sind die Fronten klarer denn je geschieden.

Jetzt stehen wir im Angriff!

Die Generale, die feudalen Junker und Barone hatten längst mit den ihnen gesonderten Nationalsozialisten ihre dunklen Pläne gesponnen. Während Brüning noch im Reichstag mit Scheinsozialistischen Phrasen um sich warf, sah Adolf Hitler schon in der Privatwohnung des Generals Schleicher, um die Rechte der proletarischen Wählerschichten gegen den Sturz Groenewald und die Aufhebung des SA-Verbotes zu verschandeln.

Bezeichnend für den Nationalismus unserer Potentpatronen ist es, welchen Zeitpunkt sie sich zum Sturz der Regierung erwählt haben. Sie, die das Wort „national“ ständig im Munde führen, haben sich den Feind um die wahren Interessen der Nation gefehlt. Jetzt in dem Augenblick, da Brüning für die Monarchie von Kaufmann rüttelte, da er, der es immerhin verstanden hatte, sich bei den ausländischen Regierungen starken Kredit zu erwerben, die ungeliebte Forderung Deutschlands von den Reparationen, die Befreiung ganz Europas von den Demissionen des freien internationalen Währungs- und Geldaustausches erhoffte — just in diesem Augenblick brachte die „nationale Opposition“ den Kanzler zu Fall.

Unmittelbaren Anlaß dazu gab eine Notverordnung, die sich in Vorbereitung befand und mit deren Hilfe die bankrotten öffentlichen Großbetriebe gezwungen werden sollten, ihre Güter zum Preise der ersten Hypothek herzugeben, damit endlich der Anstich der tausender Bauern und Landarbeiter die Wege gebahnt seien. Da schrien sie, die jahrelang Millionenbeiträge vom Staat geschuldet hatten: „Volkseindämmung“, denn sie hätten gehofft, Wucherpreise für ihre heruntergewirtschafteten Besitztümer herauszuschlagen. Die Notverordnung sah weiter Sicherung der sozialen Einrichtungen vor und bestimmte Notstandsmaßnahmen, durch die 800 000 Erwerbslose in Arbeit gebracht werden sollten.

Ein Zufall mag es nicht, daß die mit den Nazis verbündeten Militärs und Feudalherren kurz vor der Durchführung dieser Verordnung zum Sturz der Regierung trichen. Sie fühlten klar, daß unser Volk an einer Wende steht. Soll die Wirtschaftskrise — so lautet die Schiffsfahrt — unter dem Einfluß der Linken, d. h. durch Erhöhung des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft, überbrückt werden oder soll die Zermürbung weiter Volksteile dazu mißbraucht werden, die von der Reaktion längst ersehnte Entschädigung des Proletariats durchzuführen, sollen alle Erregungschäften des Novemberumsturzes wieder verstanden?

Wer sich das Kabinett Papen, das nach dem Hauptintriganten eigentlich Kabinett Schleicher heißen sollte, einmal näher ansieht, der weiß, woher der Wind weht. Kaum hätte es einer Regierungserklärung bedurft, denn die Personen des Kabinetts bedeuten allein schon ein Programm. Wir kennen den Geist dieser Generale und Adelskinder, wir wissen: es sind die Männer des Vorkriegsregimes, das Deutschland in Blut und Feind geführt hat. Die Nationalsozialisten versuchen, sich zum Schein vom Kabinett Papen loszulösen. Das wird ihnen im kommenden Wahlkampf nichts helfen! Es ist und bleibt ihre Regierung, sie haben das alte Kabinett geküßt, sie haben das neue davon bewahrt, sich dem Reichstag stellen zu müssen, ihre Presse hat die Regierungserklärung des Monarchkabinetts mit höchstem Wohlwollen begrüßt. Eine Regierungserklärung übrigens, die erste wirkliche Klarheit schuf. Denn einmal schließlich die Nazis, die sich selbst als „Kabinett der nationalen Konzentration“ preisgab, die Arbeiter- und Angestelltenchaft, die

1914 zum Sterben gut genug

war, bewußt aus dem Volksgang aus, und dann bedeutet ihre Behauptung, der Staat sei zur „Wohlfahrtsanstalt“ geworden,

eine ungeheure Provokation der notleidenden Massen.

Die Junker, die seit Jahren aus dem Staat Riesensubventionen gepreßt, die Großindustriellen, die eine schamlose „Sozialisierung der Weiten“ getrieben haben, die Fürsten, Offiziere, Großkapitalisten, die sich von der Republik Millionen und aber Millionen zahlen ließen, um mit den also erhaschten Mitteln diese Republik um so besser bekämpfen zu können, sie wogen es, den elenden Unterhaltungsgeizhalsen der Kerntisten die Schuld am Niedergang zuzuschreiben! Sie wünschten, daß der Druck des Hungers, der Verzweiflung immer stärker werden möge, damit das Proletariat sich auf neue Widerstandstendenzen entschließen lasse.

Die Machenschaften in Preußen beweisen, daß die neue Regierung vor einem Verfassungsbruch durchaus nicht zurückschreckt. Die gleichen Kreise, die den Kapp- und den Hitler-Putsch auf dem Gewissen haben, planen jetzt einen neuen Staatsstreich gegen die Republik. In dieser Stunde bedeutet die Vereidigung von Demokratie und Parlamentarismus im höchsten Sinne einen revolutionären Kampf, wenn die Regierungserklärung des Herrn von Papen war eine

Kriegserklärung an das gemeinsame verfassungstreue Volk

Auch ungeheure außenpolitische Gefahren drohen emporen. In Amerika, in dem Lande, auf das Deutschland am stärksten angewiesen ist, hat es maßlose Verfermung herbeigeführt, daß ein Papen deutscher Reichsfeldmarschall werden konnte, ein Papen, der während des Krieges zu einer Zeit, da die Neue Welt noch neutral war, in Amerika aufbelebender Sabotageakte verübte. Aber

diese Herausforderung Washingtons genügt den neuen Herren nicht, sie wollen außerdem gegen Moskau ziehen. Im berühmtesten Herrschaftskreis, dem neben dem Großindustriellen Reichberg fast alle Mitglieder des Monarchkabinetts angehören, wurde der Plan ausgedacht, mit Frankreich ein wirtschaftliches und militärisches Bündnis gegen Sowjetrußland abzuschließen, ein Bündnis, in das auch Polen einbezogen werden soll. Nun —

wie immer wir zur Weltpolitik der 3. Internationale stehen, dies eine können wir heute schon mit aller Klarheit und Deutlichkeit sagen: wir werden es nicht zulassen, daß deutsche Arbeiter auf Sowjetrußland gehen werden! (Starker Beifall.)

Aber wir fragen auch die Kommunisten, ob sie in dieser Stunde höchster Gefahr noch so klein und gehässig sein wollen, im sozialistischen Proletariat den „Hauptfeind“ zu sehen! Ist jetzt nicht endlich die Zeit gekommen, da der Bruderkrieg zu schweigen hat? Die Politik der SPD scheint allerdings einen gewissen Kurswechsel zu erfahren. Doch die Kommunisten im Preussischen Landtag den Nationalrat auf Wiederherstellung der alten Verfassungsordnung abzuwählen, ist immerhin ein Symptom. Leider pflegen die Kommunisten sehr spät zu begreifen, warum es geht. Wir haben ja die wichtigsten Neuerungen, wir haben alle sozialen Einrichtungen unter härtesten Beschränkungen von links durchsetzen müssen. Offenbar sehen die kommunistischen Arbeiter rechtzeitig ein, daß

in dieser Stunde jeder Bruderkampf schwerster Klassenverrat wäre, daß in diesem Wahlkampf nicht Arbeiter gegen Arbeiter stehen darf.

Wenn man vom Proletariat höchste Opferbereitschaft verlangen will, darf man freilich nicht behaupten, es gäbe ohnehin „für die Arbeiterschaft nichts zu verlieren.“ Wir haben in Deutschland nicht nur unsere Freiheit, nicht nur die Demokratie, wir haben auch soziale Einrichtungen zu verlieren, die wir uns selbst geschaffen haben und die in der Welt noch immer einzig dastehen. Trotzdem die durchschnittliche Erwerbslosenzeit seit dem Jahre 1929 von 2 auf 6 Millionen gestiegen ist, konnte die Unterbringung weiterhin durchgeführt werden. Wurden 1929/30 an Arbeitslosenversicherung 1,4 Milliarden Mark ausgezahlt, so waren es 1931/32 bereits 3,2 Milliarden Mark. Dabei ist zu bedenken, daß in der gleichen Zeit das gesamte Volkseinkommen von 75 bis 80 auf höchstens 45 Milliarden Mark sank. Die Einnahmen von Reich, Ländern und Kommunen sind um fast 5 Milliarden Mark zurückgegangen, demnach muß der Sozialetat heute noch die Zahl von 8,7 Milliarden Mark auf 3,2 Milliarden Mark werden für die Arbeitslosenversicherung, 4 Milliarden Mark für die Sozialversicherung, 1,2 Milliarden Mark für die öffentliche Fürsorge, 1,8 Milliarden Mark für die Versorgung der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen ausgegeben. Gewiß — die Opfer des Krieges und der Krise, die Millionen der Armen werden durchaus nicht ausreichend versorgt, aber gerade um der genannten Einrichtungen willen wurde die deutsche

Republik als „Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet. Wer wagt zu behaupten, wir hätten „nichts mehr zu verlieren“?

Die Nationalsozialisten sind mit dem antisozialen Programm der Schleicher-Regierung durchaus einverstanden. Sie tun noch ein übriges — sie versuchen durch die

Gründung gelber Betriebsorganisationen

die Gewerkschaften zu erschlagen. Solche Kämpfe stehen bevor. Wir können mit reinem Gewissen vor die Arbeiterschaft hintreten, wir haben alles getan, um das falsche Regiment fernzuhalten, wir haben vor allem in der Eisernen Front eine aktive Bewegung geschaffen, die kampfbereit in die Zukunft sieht, wir haben auch die christlichen Arbeiter für die große antisozialistische Front gewonnen.

Jetzt naht eine gigantische Endschlacht, die für das Schicksal des gesamten internationalen Proletariats entscheidend ist. Wir kämpfen voller Stolz unter dem roten Banner, wir wissen, daß am Ende der Sieg unserer Sache stehen muß!

Nachdem der einstimmige und begeisterte Beifall verlungen war, nahm Genosse Sander das Wort, um über die Parteiausrichtung in Berlin zu berichten. Einreichende Blut, Kampfbereitschaft, Glaubwürdigkeit befehlen das deutsche sozialistische Proletariat. Es gilt nun, alle Kräfte auf die Mobilisierung der Arbeiterschaft zu konzentrieren, die heute noch zogen beiseite stehen.

Am Parteiausschuß wurden neue organisatorische Maßnahmen beraten, neue Vorschläge zur Ausgestaltung unserer Agitationsmethoden zum Beschluß erhoben. Diese Zeit mußte

Das Einheitszeichen der Eisernen Front: die drei Pfeile

bringen. Sie symbolisieren die Hauptstützen der Arbeiterbewegung: Sozialdemokratie, Gewerkschaften, Reichsbanner und Sportverbände. Diese Zeit heißt wieder: dauern

Auf der Eisernen Front: „Freiheit!“

Denn es geht in diesen Tagen nicht nur um die Verteilung der Kräfte, um den Schutz der ärmsten Opfer kapitalistischer Wirtschaft, es geht um die Menschenwürde, ohne die politisch mündige Menschheit nicht leben können, es geht um jene Freiheit, ohne die eine Höherentwicklung der Menschheit nicht denkbar ist. Darum wurde die Vereidigung des Genossen Sander mit lebhafter Zustimmung begrüßt, darum steigerte das Schlusswort des Genossen Weidel die Kampfbereitschaft. Auch er rief zum verstärkten Einsatz aller Kräfte, zur unermüdlichen männlichen Agitation, zur Opferbereitschaft für die große Schlacht. Mit dem Auf der Eisernen Front: „Freiheit!“ schloß er. Kräftig hallte es dreimal durch den Saal: „Freiheit!“

Dresdner Chronik

Paragrafen und Titel

hh. Der wahnsinnige Mörder Ludwig Schoch, der seiner Mutter die Hände abhackte und diese grauenhaften Leichenteile auf die französische Volkshaut trug, ist von der Polizei vernommen worden, aber es war eine geistliche Vernehmung, die vonstatten ging. Der äußere Vorgang der Tat war von den Beamten bald geklärt, aber ihre Motive waren nicht so klar und protokollierbar, denn sie waren nicht von dieser Welt, in der der Hunger und Not, Liebe und Haß einige der Triebkräfte sind, die die Menschen zum Außerordentlichen verführen, sondern sie entstammten jener anderen Welt des Jenseits, in der alle Perspektiven verschoben sind.

Trotzdem: Auch das todfranke Gehirn des Ludwig Schoch hat sich nicht einfach zufrieden gegeben mit der Unklarheit, sondern sie in Beziehung zu setzen versucht mit den Spielregeln der Gesellschaft. Auf Grund des § 73 a des Reichsgerichtsgesetzes, so hat er gesagt, sei ihm erlaubt gewesen, zu tun, was er getan habe, und auf Grund des § 100 habe er sich nicht in Berlin bei der Polizei zu melden brauchen. Dieser irrsinnige Ludwig Schoch ist von allem möglichen losgelassen, was gesellschaftliche Gütigkeit hat: Die Welt der Paragrafen aber hat auch in die Nacht seines Geistes noch hineingeleuchtet. Das Gefühl für die Grauenhaftigkeit der Ermordung seiner eigenen Mutter war in ihm ausgelöscht, aber nicht die Erinnerung um das Wissen darum, daß alles auf der Welt mit einem wichtigen Buch in Uebereinstimmung gebracht werden müsse, das die Menschen niedergefährten haben. Und nicht einfach auf das Gesetzbuch schlechthin hat er sich berufen, sondern ganz detailliert auf einen bestimmten Paragrafen und, um auch das letzte zu tun, auf den ersten Absatz davon.

Und noch etwas anderes ist ihm als Besitz geblieben aus seiner früheren Verbindung mit der normalen Welt: Der Traum vom schönen Namen. Schoch: Wie fühlt er auch heute noch, daß das einfach und alltäglich klingt. Baron und Baronin derer von Schoch...! Das funktelt und brilliert, das ist der Name seiner Sehnsucht und er übernimmt ihn in seine Wahnmirlichkeit als den Namen, den seine Eltern trügen. Welchen überwältigenden Eindruck muß die feudale Titulierung früher einmal auf ihn gemacht haben, daß sie sich so unheimlich festgesetzt hat in ihm, daß auch jetzt noch sein irres Denken um sie kreist!

Es gibt die Gesichtslos von dem Jrenwärter, den seine Pflegebefohlenen in die Wasserschüssel werfen und lebendig kochen wollen und der sich dadurch vor dem Tode rettet, daß er die Bierkrücken bittet, sich doch vorher umziehen zu dürfen, denn er trage seinen guten Anzug und es sei schade darum.

Die Welt der Logik und Kausalzusammenhänge ragt mit einigen Gipfeln in die Welt des Wahns hinein. Es scheint keine sicheren Regeln dafür zu geben, welche Bezirke der Vernunft es sind, die selbst die Verrückten anerkennen bereit sind. Aber vielleicht ist das national verschieden, und die deutsche Version des Wahnsinn geht dahin, daß von den Herren Jren der Respekt vor den Paragrafen und vor den Titeln als keineswegs vernunftwidrig angesehen wird.

Sozialdemokratische Anträge

im Stadtvorordnetenkollegium

Die sozialdemokratische Stadtvorordnetenfraktion hat folgende Anträge eingebracht:

- Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen:
 - gegen die neuerliche Herabsetzung der Fürsorgegerichtsgebühr für Kinder von 16 RM auf 13 RM, bei der Kreisoberaufsichtsschärftesten Protest zu erheben und eine sofortige Aufhebung der Herabsetzung zu fordern;
 - bei der Kreisoberaufsichtsstelle vorstellig zu werden, daß die Nichtsüßigkeit in der allgemeinen und gehobenen Fürsorge für Alleinstehende ohne eigenen Haushalt erhöht werden.
- Kollegium wolle beschließen, beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium dahingehend vorstellig zu werden, die Bestimmung zu ändern, daß Kriegsunterstützungsdempfaner nur laufende Beihilfen erhalten können, wenn ihre Frau unter der ½-Deckung der Säuge der Allgemeinen Fürsorge liegt.

Falschmünzwerkstatt aufgehoben

Fünf Personen festgenommen

Wie der heutige Polizeibericht meldet, ermöglichten es umfangreiche Ermittlungen und Beobachtungen der Kriminalpolizei, am 10. Juni in Vorkstadt Cotta, Unterzocher Straße, erneut eine Falschmünzwerkstatt aufzubrechen und fünf Personen festzunehmen. Es ist die sechste Falschmünzwerkstatt, die innerhalb der letzten drei Monate von der Kriminalpolizei aufgeföhrt und unschädlich gemacht wurde. In der Werkstatt wurden falsche 50-Pfennig-, 1-Mark- und 2-Markstücke hergestellt. Das gesamte Verfertigungsmaterial wurde beschlagnahmt. Darunter befindet sich auch eine Presse, die erst kürzlich von den Tätern bei einem Einbruch gestohlen worden war. Mit Hilfe dieser Presse sollte in der nächsten Zeit die Herstellung der Falschmünzen im großen erfolgen. Bisher wurden etwa 50 falsche Zweimarkstücke im Verkehr angehalten.

Wählerlisten für die Reichstagswahl. Der Reichminister des Innern hat bestimmt, daß die Wählerlisten und Stimmlisten für die Reichstagswahl vom 10. bis 17. Juli auszuliegen sind.

Rein Städtetag 1932. Der Vorstand des Deutschen Städte-tages hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und finanzielle Gesamtlage auch in diesem Jahre von der Abhaltung einer Jahresversammlung des Deutschen Städte-tages abzusehen. Es ist jedoch beabsichtigt, zu der für den 28. und 29. September in Weimar in Aussicht genommenen Herbsttagung des Vorstandes wie im Vorjahre auch Vertreter der Mitgliedsverbände hinzuzuziehen.

Die Reuaufgabe des V. Teiles der „Muttersprache“, des Lesebuchs für Volksschulen, ist, wie das Schulamt mitteilt, in den Dresdner Schulen noch nicht eingeföhrt worden und darf im Unterricht deshalb nicht verwendet werden. Der Antrag, die Reuaufgabe einzuföhren, wird zur Zeit von den Schulbehörden noch geprüft.

Schweres Motorradunglück

Zwei Schwerverletzte und ein Leichtverletzter

Ein in Cunnersdorf bei Schönfeld wohnhafter 24 Jahre alter Pächter fuhr am Donnerstagabend nach 10 Uhr mit seinem Weimarer-Motorrad in Begleitung seiner beiden Freunde, eines ebenfalls in Cunnersdorf bei Schönfeld wohnhaften 28 Jahre alten Arbeiters und eines in Weigitz bei Schönfeld wohnhaften 28 Jahre alten Bauers und Zimmerers, die Dresden-Rauniger Landstraße hin. Kurz hinter der Weigitzer Endhaltestelle der Linie 11 fuhr das Motorrad in voller Fahrt gegen einen Baum. Alle drei Insassen des Motorrades schweberten in großen Bögen auf die Straße und zogen sich teils recht schwere Verletzungen u. a. auch eine schwere Gehirnerschütterung, zu, so daß aus Dresden Krankenwagen herbeigeholt werden mußten. Während die aus Cunnersdorf stammenden beiden Verunglückten besonders schwer daniederliegen, so daß bis zur Stunde wegen deren noch ungewisser Bewußtlosigkeit an eine Vernehmung über die Ursache des Unfalls nicht gedacht werden kann, ist der in Weigitz wohnhafte Bauer mit verhältnismäßig leichteren Verletzungen davon gekommen.

Über die Entstehung des Unfalls herrscht zunächst noch zweierlei Meinung. Während man anfangs annahm, daß der Führer des Motorrades einem Sandwagen habe ausweichen wollen, dabei die Straße zu stark ankommen und dadurch das Umstürzen der Maschine selbst veranlaßt habe, scheint nach einer neueren Aussage der Führer von einem ihm entgegenkommenden Personkraftwagen geblendet worden zu sein, wodurch er die Herrschaft über die Maschine verloren hat. Die Unfallkommission des Dresdener Polizeipräsidiums erklärt bald an der Unfallstelle und nahm die erforderlichen Ermittlungen, die auch zur Zeit noch im Gange sind, auf. Die Maschine erlitt derartige schwere Materialschaden, daß sie der Volkspolizei der Gemeindeverwaltung Weigitz, der ebenfalls in der Sache tätig war, abzuliefern lassen mußte. Das Polizeipräsidium sucht zur Klärung des Falles noch jungen Personen, die zu dem Unfälle Anlaß machen können, werden gebeten, sich im Weimarer-Motorrad, Nummer 73, oder bei der nächsten Polizeistation zu melden.

Aus dem Arbeitsgericht

Angeklagt er oder selbständiger Vertreter?

Mit der Frage, ob ein freier Handelsagent, der nur für eine Firma arbeitet und dem von der Firma für seine Tätigkeit bestimmte Anweisungen und Vorschriften erteilt werden, noch als unabhängiger Vertreter zu gelten hat, hatte sich eine Angeklagtenkammer zu befassen. Der Kläger war etwa sieben Monate lang als Reiseverkäufer beim Verlag des Dresdener Abendblattes tätig. Vertraglich war festgelegt worden, daß es sich um ein freies Vertreterverhältnis handelte. Der Vertreter war aber an der Ausführung gekommen, daß er sich in einem abhängigen Arbeitsverhältnis zu dem Verlag befindet, und hatte deshalb Klage auf Kündigung des Verhältnisses eines Propagandisten im Gesamtbetrag von rund 1100 M. erhoben. Er habe sich jeden Tag im Verlag einzufinden müssen, um Anweisungen entgegenzunehmen und Bericht zu erstatten, man habe ihn den zu bearbeitenden Kundenkreis verschrieben und überhaupt so über seine Zeit und Arbeitsverhältnisse verfügt, daß von einem unabhängigen Vertreterverhältnis nicht mehr gesprochen werden könne.

Die Kammer nahm an, daß der Kläger tatsächlich nach bestimmten Weisungen hat arbeiten müssen, daß man ihm aber andererseits keine Einschränkung über die Übernahme anderer Vertretungen auferlegt hat. Das Gericht kam zu der Überzeugung, daß die Merkmale eines abhängigen Arbeitsverhältnisses nicht so überwiegend waren, daß sie den Vertrag unwirksam machen könnten. Auf den Rat des Gerichts zog der Kläger seine Klage zurück.

Eingriff in das Direktionsrecht des Unternehmers

Das hatte sich der junge Mann bestimmt nicht träumen lassen, daß sein Verhalten als ein Eingriff in das Direktionsrecht des Unternehmers aufzufassen und er deshalb fristlos entlassen werden könne. Er war als Angestellter bei der Dresdener Niederlassung der Siemens- und Halske AG in der Fabrik für Eisenwaren beschäftigt. Seit einiger Zeit werden den Angestellten der Firma

Prüfungsurkunden beigegeben. Einmal Tages war der Vorrat an Urkunden ausgegangen und die neue Lieferung noch nicht eingetroffen. Der junge Mann meldete das der Leitung der Fabrik und bemerkte dazu, daß man dann eben seine Urkunden beistellen könne. Die Leitung nahm das auch nicht so tragisch, und so gingen etwa 10 000 Urkunden ohne diese Beilege hinaus. Als das die Direktion erfuhr, wurde der junge Mann sofort fristlos entlassen.

Seine Klage auf Zahlung seines Gehaltes bis zum Ablauf der Kündigungsfrist im Betrage von rund 300 M. gab dem Geschäft der Fabrik, Frau Dr. Heine, Veranlassung, das Verhalten des Klägers als den erwählten Eingriff zu bezeichnen. Es stellte sich aber heraus, daß die Angelegenheit allesamt für behandelt worden war, und daß man sich über den eigentlichen Verantwortlichen selbst nicht im Klaren war. Das Gericht hielt zwar eine gewisse Anmaßung unbefugter Rechte des Klägers für vorliegend, meinte aber, daß der Fall bei der Unklarheit über den Verantwortlichen geradezu nach einem Vergleich schreie. Ein solcher kam schließlich auch über die Hälfte des geforderten Betrages zustande.

An'erechmer gegen Betriebsrat

Die Firma T. & S. Schmidt macht seit einiger Zeit allerhand Anstrengungen, um ihren Betriebsratsvorsitzenden loszuwerden. Nachdem sie schon durch eine Klage erreicht hatte, daß der Betrieb zum Arbeitsrat erklärt wurde, hatte sie jetzt ein weiteres Verfahren auf Erhaltung der Betriebsratsvorsitzenden eingeleitet. Er soll seine Pflichten als Betriebsrat grob verletzt haben, indem er Einsprüche von geschädigten Arbeitern ohne nähere Prüfung stattgegeben und die Dispositionen der Firma zu durchsetzen versucht habe. Nachdem der Gewerkschaftsleiter vom Verband der Lithographen und Steindruckere die Behauptungen der Firma glatt widerlegt und das vorerwähnte Verhalten des Betriebsratsvorsitzenden nachgewiesen hatte, stellte die Firma auf Arbeitsmangel hin dar, daß man den Betriebsrat, der als Präparator beschäftigt ist, durch einen anderweitigen jungen Mann ersetzen könne. Aber auch dieser Einwand wurde widerlegt und die Zustimmung der Firma, daß der Antraggegner den jungen Mann anlernen sollte, als ein betrügerischer Selbstmord bezeichnet. Der Gerichtspräsident, der einige Tage nach der Verhandlung verurteilt wurde, lautete auf Abweisung des Antrags.

Endlich: heiter, trocken, warm

Das Wetter der nächsten Woche

Bericht der Meteorologischen Korrespondenz

Die hoch unruhliche, kühl und trübige Witterung dieser Woche stimmte in allen Einzelheiten mit unserer Voraussage überein. Die nordwestliche Luftströmung lenkte die Temperatur, die am Ende der Woche vorübergehend 20 Grad Wärme überschritten hatten, zur Jahreszeit sehr kalt und blieben seitdem selbst mit ihren Schwankungen beträchtlich unter 15 Grad Celsius. In weiten Teilen West- und Mitteldeutschlands sowie des Alpenvorlandes wurden am meisten Tagen überaus nur 10 bis 11 Grad, vereinzelt sogar nur 9 Grad Wärme erreicht. Die nachtlischen Temperaturminima gingen immerhin ausgebeuteter Beobachtungsstelle auf 4, sogar auf 3 Grad Wärme zurück, und in den Nächten zu Sonntag und Montag traten besonders im Nordosten des Reiches Minuswerte bis zu Minus 3 Grad Celsius auf. Gegenüber der regenreichen Vorwoche liegen die Niederschläge an Größtmengen im allgemeinen zwar noch, sie waren aber namentlich in den anderen Landesteilen an Menge zwar unbedeutlich, aber häufig. Der herrschende Schauercharakter hat weichen müssen.

Das nächste Wetter blieb auch keineswegs auf Mitteldeutschland beschränkt. In Frankreich und Spanien sowie auf den Britischen Inseln war es ebenfalls kalt wie bei uns; in Nordfrankreich und bei uns lag die Temperatur unterhalb des Gefrierpunktes. Die Luftdruckverhältnisse sind bei uns im allgemeinen günstig. Die Luftdruckverhältnisse sind bei uns im allgemeinen günstig. Die Luftdruckverhältnisse sind bei uns im allgemeinen günstig.

Es wäre verfehlt, dieses unerfreuliche Wetter etwa als abnorm zu kennzeichnen. Es ist im Gegenteil durchaus normal und eine der charakteristischsten Erscheinungen unserer Klimazone. Im Sommerzeitung ist ein solches kaltes Juniwetter die Regel. Die Luftdruckverhältnisse sind bei uns im allgemeinen günstig. Die Luftdruckverhältnisse sind bei uns im allgemeinen günstig.

Als am Donnerstagabend, kurz vor 12 Uhr, ein Mitglied der Reichsbannertruppe Dresden von der Leubuschstraße nach Hause ging, wurde er auf der Marienstraße mit den Worten: „Warte, du Reichsbanner!“ von einem Nazi von hinten mit einem harten Gegenstand so auf den Kopf geschlagen, daß er fast blutete und auch ein Loch in der Wange zu sehen war. Der geschlagene Kamerad war vollkommen wehrlos, da er in der einen Hand sein Instrument, in der anderen eine schwere Notentasche trug. Hinter ihm kam noch ein Trupp Nazis, die den Kameraden verhöhnten und auslachten. Die Nazis kamen von der Versammlung der NSDAP im Wilden Mann und haben auf dem Wege zum Arbeiterheim Traubenberge gelauert und den Kameraden, der ohne Ahnung von den Überfällen, der überfallene Kamerad ist als ruhiger Mensch bekannt. Einem hinterherkommenden Kameraden wurde gerufen: „Hier ist auch so ein Reichsbannerhelfer!“

Über einen weiteren Überfall durch Nationalsozialisten auf dem Sternplatz berichtet uns ein Genosse, der dort gestern Abend gegen 6 Uhr ohne jeden Grund von etwa 30 Nationalsozialisten überfallen und von einem derselben, dessen Name festgestellt werden konnte, demagen mit einer Handradpumpe auf den Kopf geschlagen wurde, daß er blutete. Wundschmerzen kamen ihm einige Arbeiter zu Hilfe, sonst wäre er wahrscheinlich noch viel länger zugerichtet worden. Ein Nationalsozialist, der in einem Auto angefahren kam, hatte die aufreizende Frechheit, einfach in den Arbeitertrupp hineinzufahren. Vor den Arbeitern aber nahmen schließlich die Nationalsozialisten Reißaus.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ereigneten sich gestern vor der Geschäftsstelle des hiesigen Reichsbanner in der Polierstraße und einige Zeit später auf dem Sternplatz. Es kam zu Heftigkeiten und auf der Polierstraße gab es dabei auf beiden Seiten Verletzte, so daß die Anwohnerische polizeiliche Hilfe herbeigerufen. Auch auf dem Sternplatz griff schließlich ein Heberfallkommando ein. Dort wurde einer der Beteiligten, ein 22 Jahre alter Mann, am Kopf, an den Armen und Rippen verletzt, so daß er die Hilfe der Sanitätswache in der Annenstraße in Anspruch nehmen mußte.

Wer Kaffee trinkt, kann sich heute Kaffee Hag leisten. Seit 1930 ist er 31 % billiger.

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Reinhold-Gesellschaft Rannschitz u. Uta, Sonntag, 12. Juni, von 8 bis 11 Uhr: Spielen im Steindamm. Eintritt: 20 Pfennig.

Wagners-Gesellschaft an der 28. Oststraße, Sonntag nachmittags im Arbeiterheim Traubenberge Rannschitz und Sommerfest. Kabarett im Interim der Dresdener Volksgesung am Sonntagabend.

Verein für Volksbildung, Sonntag, den 12. Juni, 7.00 Uhr, Marienstraße 17. Vortrag von Karl Biedermann: „Sozialismus und Volkswirtschaft“. Eintritt: frei.

Verein Sozialistischer Arbeiter, Sonntag, den 11. Juni, 7.00 Uhr, Hauptbahnhof in Volksgasse Dresden-Ost. Alle Funktionäre und Mitglieder werden ersucht, zu erscheinen.

auftritt. Am häufigsten pflegt er sich in der zweiten Junihälfte einzulassen und dann oft drei bis vier Wochen zu dauern. So trat auch die Temperaturwende während der zweiten Junihälfte im langjährigen Mittel den höchsten Ausprägung des warmen Jahres. Beginn der Monatszunahme aber schon Anfang Juni, so findet er gelegentlich im zweiten Monatsdrittel eine Unterbrechung, um in der dritten Dekade wiederzueintreten. Im Jahre 1929, Jahre mit einheitlich warmem oder sogar sehr warmem Juni sind große Ausnahmen und nur aller sechs bis sieben Jahre einmal zu erwarten. Die letzten waren 1900 und 1917. Für den Gesamtcharakter des Sommers ist der Juni im allgemeinen bedeutungslos; in den beiden wärmsten Sommern des 20. Jahrhunderts, 1911 und 1929, war der Juni anhaltend kühl und feucht; besonders 1929 war er ganz milder und ausgleichend. In diesem Monat wird die ungenügende Witterung die erste Dekade des Monats wie vor drei Jahren nicht überbieten. Das Kerngebiet des hohen Luftdrucks hat sich von der Polarküste über Island bis hin eine Zielstruktur geöffnet, die den Luftstrom aus dem Norden ablenkt. Von Westdeutschland, wo Donnerstag das Maximum mit einem Trup von 770 Millimeter lagerte, wird sich das Hochdruckgebiet allmählich weiter nach Osten und Nordosten ausbreiten und das Meer mit nach Norden abgezogene ältere Ziel völlig ausweichen. Die Höhe wird sich allmählich weiter nach Osten und Nordosten ausbreiten und das Meer mit nach Norden abgezogene ältere Ziel völlig ausweichen. Die Höhe wird sich allmählich weiter nach Osten und Nordosten ausbreiten und das Meer mit nach Norden abgezogene ältere Ziel völlig ausweichen.

Leichtes Ansteigen des Elbwasserstandes fehlt am Donnerstag auch im Dresdener Elbegebiet ein, nachdem der Rückgang des vorwöchigen Hochwassers schon am Sonntag erheblich nachließ und schließlich bei einem Wasserstande von 81 Zentimeter über Null Dresdener Pegel ganz aufgehört hatte. Die Gewitterregen und die teilweise zum Wochenbeginn recht ergiebigen Niederschläge ließen der Elbe und ihren Nebenflüssen wieder höhere Wasserstände zufließen. Bereits am Mittwoch setzte auf der Elbe, der Wölpe und der Kleinen Elbe erneuter Wasserwuchs ein, der im südlichen Gebiet erreicht hat und sich auch am Freitag noch bemerkbar wird. Es ist also in den nächsten Tagen immer noch mit höherem Elbwasserstand zu rechnen. Ein früheres Hochwasser dürfte jedoch jetzt nicht wieder eintreten, da sich die Wetterlage insofern erheblich gebessert hat und die Regenperiode vorüber ist. Diese war für den Elbwasserstand und die Schiffahrt bestimmt von Vorteil, trotzdem eine kurzfristige Einstellung der Schiffahrt wegen Hochwassers erfolgen mußte, da die Gefahr des sommerlichen Niedrigwassers, die in der Zeit nach Pfingsten recht bedenklich drohte, auf längere Zeit hinaus gehoben sein dürfte. Man wird auf Wochen hinaus mit besserer Wasserführung der Elbe rechnen können, so daß Niedrigwasserbeschwerden in absehbarer Zeit kaum zu befürchten sind.

Zwangsvorteiligung einer Lad- und Farbenfabrik. Vor dem Dresdener Amtsgericht fand am Donnerstag die Zwangsversteigerung eines auf der Freiberger Straße gelegenen, im Verkehrswert auf 70 000 M. geschätzten Grundstücks statt, das aus einem Geschäfts- und Wohngebäude, einem Kontorgebäude, einer Lad- und Betriebsfabrik, einer Farbenfabrik, einem Maschinenhaus, Lagerhäusern und anderem Zubehör besteht. Die Zwangsversteigerung wurde von der Grundrenten-Darlehensanstalt der Stadt Dresden wegen erheblicher Hypothekenforderungen betrieben; eine Anzahl anderer Gläubiger hatte nicht unerhebliche Hypothekenforderungen angemeldet, außerdem das Stadtverordnetenamt für Stadt- und Staatsverwalter beträchtliche Steuerrückstände, so daß der Schätzungswert durch die Belastungen nicht unerheblich überschritten wurde. Das geringste Gebot wurde auf 4073 M. festgesetzt, der Grundstücksversteigerer gemäß Dezember-Notenverbundung auf 78700 M. In dem Grundstück war vor vier Jahren eine Hypothek eingetragen worden, wobei der Hypothekdarlehensgeber eine Hypothek von 25 000 M. gab, Kaufmännungen in Höhe von rund 43 000 M. gehabt hatte. Das niedrigste Gebot wurde mit 80 000 M. von dem Schwager des Grundbesitzers Grundbesitzers abgegeben; die Allverrentenbank und ein anderer Interessent gaben weitere Gebote ab, bis schließlich der erste Bieter, der Diplombauingenieur Dr. Gehmann, Altschule, mit einem Gebot von 50 000 M. Höchstbietender blieb. Antragsgemäß wurde der Zuschlag sofort erteilt.

Umfangreiche Gleisbauarbeiten in der Kuglbürger Straße haben dort die vollständige Erneuerung der seit einigen Jahrzehnten liegenden Doppelgleise der jetzigen Straßenbahnlinien 3 und 20 zum Ziel. Die Gleisbauarbeiten, die vor einigen Wochen am Paradoxfplatz begonnen haben, werden, um größere Störungen im Straßenbahnverkehr zu vermeiden, zunächst einseitig geführt, doch ist, um den Anliegerverkehr auf der teilweise gesperrten Kuglbürger Straße nicht zu sehr zu beeinträchtigen, von der Legung eines Koilgleises abgesehen worden. Leider wird es auch diesmal wegen der ziemlich hohen Kosten nicht möglich sein, den Zwischenraum zwischen den Straßenbahngleisen zu pflastern, wie dies im Stadtgebiet gemeist der Fall ist. Die umfangreichen Arbeiten dürften bei der Länge der Straße bis weit in den Sommer hinein anhalten.

„Hilfe, Menschenleben in Gefahr!“ Unter diesem Motto findet morgen Sonntagabend, abends 6 Uhr, unterhalb der Augustusbrücke (Reußbrücke Seite) eine große Rettungsübung des Vereins für volkstümlichen Wassertransport, Wiedlung Reußstadt, statt. Die Gefahr des Ertrinkens ist für nicht sichere Schwimmer in allen Gewässern sehr groß. Deshalb wird vom genannten Verein in jedem Sommerhalbjahr ein gutorganisiertes Rettungsdienst durchgeführt, der durch sein tatkräftiges und hilfreiches Eingreifen schon sehr viel Unglück vermieden hat. Die praktische Tätigkeit und die Fertigkeit der Rettungsschwimmer soll bei dieser Übung gezeigt werden. Rettung von einzelnen Personen sowie Wasserunglücke werden dabei besonders interessieren. Nicht wissend wird das durch ein Bootsanlauf auf der Mitte der Elbe zur Schau gebracht werden. Die polizeiliche Genehmigung vorausgesetzt, wird die Rettung eines Lebensmüden, der von der Augustusbrücke in die Elbe springt, durchgeführt. Bei der gesamten Rettungsübung werden noch mit der Spielmannszug der Freien Turn- und Sportvereins Dresden-Reußstadt sowie die Arbeiter-Samaritaner-Kolonie Dresden. Sämtliche Vorführungen werden durch Aussprecher des Arbeiter-Radiobundes veranstaltet gemacht. Außerdem wird Landtagspräsident Genosse Wedel eine Ansprache halten. Der Besuch dieser interessanten und belehrenden Veranstaltung ist sehr zu empfehlen.

Gelehrter Volkstanz. Zum vierten Male hält der Verein Arbeiterheim Dresden-West auf dem Gelände des Volkshauses Dresden-West, Oebelsstraße, das Volkstanzfest in der Zeit vom 10. bis zum 14. Juni ab. Auserlei Unterhaltungen werden den Besuchern dieses Festes geboten, u. a. Kuban, Flieger, Krinoline, Luftschaukel, Rinderaußel, Wanderkutsch, Kabarett und Würfelbuden. Das Schanzfest (1500 Quadratmeter Flächeninhalt) bietet Schutz vor Sonnenbrand und Regenwetter. Preiswerte Speisen und Getränke werden von der Volkshausverwaltung geboten. Eine große Langstrecke steht den Besuchern zur Verfügung. Zu einem Bräutigamsfest, das am Dienstag, 14. Juni, abgehalten wird, werden alle Einwohner des Ortes und der Vororte herzlich eingeladen.

Neue Straßenbahnknotenpunktstelle in Weinsbühl. In der Erfrischungshalle des Herrn Rudolf Weigert an der Straßenbahn-

Täglich Heberfälle durch Nationalsozialisten

Die Nationalsozialisten, denen infolge der politischen Ereignisse der Mann nach über das bisherige Maß hinaus geschwollen ist, können den beginnenden Reichstagswahlkampf vor allem auch in der Form eines rohen und brutalen Kleinkrieges zu führen. Nachdem erst am Dienstag in der Schützler Straße sechs junge Leute von etwa 50 Nazis überfallen worden waren und daraufhin Anzeige gegen die Hauptbeschuldigen erstattet worden ist, hat sich gestern wiederum in der Schützler Straße ein Zusammenstoß mit Gefährten abgepielt, der den Eindruck macht, als sei es auf Made wegen der gemachten Anzeigen abgesehen. Ein jugendlicher Nationalsozialist rumpelte einen auf dem Made fahrenden Reichsbannermann absichtlich und provozierend an. Als es daraufhin zu einem Wortwechsel kam, mischte sich schließlich der Nationalsozialist Siegfried Drauer, der als Schläger herberühmt sein soll, in den Streit und schlug dem angegriffenen Genossen einmal ins Gesicht und griff auch andere hinzugekommene Genossen an. Auch in diesem Falle ist Anzeige erstattet worden.

Mit den Nachgefolgten wird wohl auch ein Vorgang in Verbindung zu bringen sein, der sich am gestrigen Donnerstagabend im Brückenhof abspielte. In diesem Lokal fand eine Reichsbannerversammlung der S. Weigitz des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold statt. Kameraden wurden schon auf dem Wege nach dem Versammlungsort von einem etwa 120 Mann starken Knütteltrupp angegriffen, und nur die Besonnenheit der Kameraden verhinderte drohende Zusammenstöße. Wegen 10 Uhr erschienen dann plötzlich zwei Polizeimänner in dem Versammlungssaal, und ein Polizeioffizier, der durch besonders „schöne“ Auftreten auffiel, führte einen Nationalsozialisten herein, der behauptet hatte, von einem Reichsbannermann geschlagen worden zu sein, und nun den angeblichen Täter herauszufinden wollte. Er begründete furchtbar einen bestimmten Reichsbannermann als den Schläger, worauf der Name des Kameraden festgestellt wurde. Bei der Gegenüberstellung mit einem nationalsozialistischen Zeugen, der den Kameraden nicht als den angeblichen Schläger erkannte, verwickelte sich der angeblich geschlagene Gefährte damit in Widersprüche, daß er schließlich zugeben mußte, einen solchen herauszufinden zu haben. Sicher ist die ganze Angelegenheit einfach erfunden! Der Nationalsozialist, der geschlagen worden sein soll, ist derselbe Kaufmann Friedrich Rucka oder Rucka, der sich schon bei dem Heberfall in der Schützler Straße am Dienstag besonders hervorgetan hat und gegen den Anzeige erstattet werden ist. Das läßt darauf schließen, daß es sich auch bei dieser Affäre um eine Nachaktion handelt.

Als die Nationalsozialisten ersehen mußten, daß ihnen die maßstabmäßige Aktion, die Reichsbannerversammlung auszuland zu treiben, nicht gelingen würde, alarmierten sie schließlich die Polizei mit der Behauptung, daß es sich hier um eine Versammlung des Antifaschistischen Kampfbundes handelte, zu der durch Handzettel eingeladen worden sei. Die Polizeibeamten mußten sich aber davon überzeugen, daß es sich um eine Reichsbannerversammlung handelte, und daß eine Datumserweiterung vorlag, die das Polizeikommando mit geringem Aufwand hätte erledigen können. Nachdem die Polizei in der Reichsbannerversammlung noch eine sehr umständliche höchst überflüssige

und in sehr barocker Form vorgenommene Mitgliedsbuch-Kontrolle durchgeführt hatte, konnte die Versammlung endlich unbehelligt zu Ende geführt werden.

Als am Donnerstagabend, kurz vor 12 Uhr, ein Mitglied der Reichsbannertruppe Dresden von der Leubuschstraße nach Hause ging, wurde er auf der Marienstraße mit den Worten: „Warte, du Reichsbanner!“ von einem Nazi von hinten mit einem harten Gegenstand so auf den Kopf geschlagen, daß er fast blutete und auch ein Loch in der Wange zu sehen war. Der geschlagene Kamerad war vollkommen wehrlos, da er in der einen Hand sein Instrument, in der anderen eine schwere Notentasche trug. Hinter ihm kam noch ein Trupp Nazis, die den Kameraden verhöhnten und auslachten. Die Nazis kamen von der Versammlung der NSDAP im Wilden Mann und haben auf dem Wege zum Arbeiterheim Traubenberge gelauert und den Kameraden, der ohne Ahnung von den Überfällen, der überfallene Kamerad ist als ruhiger Mensch bekannt. Einem hinterherkommenden Kameraden wurde gerufen: „Hier ist auch so ein Reichsbannerhelfer!“

Über einen weiteren Überfall durch Nationalsozialisten auf dem Sternplatz berichtet uns ein Genosse, der dort gestern Abend gegen 6 Uhr ohne jeden Grund von etwa 30 Nationalsozialisten überfallen und von einem derselben, dessen Name festgestellt werden konnte, demagen mit einer Handradpumpe auf den Kopf geschlagen wurde, daß er blutete. Wundschmerzen kamen ihm einige Arbeiter zu Hilfe, sonst wäre er wahrscheinlich noch viel länger zugerichtet worden. Ein Nationalsozialist, der in einem Auto angefahren kam, hatte die aufreizende Frechheit, einfach in den Arbeitertrupp hineinzufahren. Vor den Arbeitern aber nahmen schließlich die Nationalsozialisten Reißaus.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ereigneten sich gestern vor der Geschäftsstelle des hiesigen Reichsbanner in der Polierstraße und einige Zeit später auf dem Sternplatz. Es kam zu Heftigkeiten und auf der Polierstraße gab es dabei auf beiden Seiten Verletzte, so daß die Anwohnerische polizeiliche Hilfe herbeigerufen. Auch auf dem Sternplatz griff schließlich ein Heberfallkommando ein. Dort wurde einer der Beteiligten, ein 22 Jahre alter Mann, am Kopf, an den Armen und Rippen verletzt, so daß er die Hilfe der Sanitätswache in der Annenstraße in Anspruch nehmen mußte.

Wer Kaffee trinkt, kann sich heute Kaffee Hag leisten. Seit 1930 ist er 31 % billiger.

ent
gef
bes
un-
109
Die
güt
Saf
eine
krit
Foto
ben
ent
Flan
dem
abge
dual
Segl
das
gege
Süß
gnob
Zat
sich
Barb
berg
Zob
Isfen
alter
aus
Wein
Häbe
I We
der
los,
Verle
schwe
hand.
magen
Uebst
nahm
Hrabe
mit de
von ei
Friedr
III, 6
Nr. 15
Hab 15
Satt
sagen.
a r b e
geirten
Vertrau
deutshe
im Reich
tischen
W o n d
mig folg
W e t a l
in der
W e g e
schmei
lagen be
N o r b e
S
f a m p f
sauer
notleid
Diese M
Gründu
ankatz
brandma
Di
Stügun
Deutschl
sindern
kapitali
siden We
eine Ver
durch das
arbeiteru
sieder m
süßere.
s f a f t
w a h l e
erwerfth
politik a
Der
die hinter
sozialisten
W o l f e s,
Siege gef
D.
erhöht
W e g e
der Finanz
folge der
genommen
Notberz

Im Zeichen des Wahlkampfes

Staatsberatung im Landtage - Die Genossen Edel und Darsich über die politischen Gegenwartsfragen - Die Schied-Regierung gegen einen Reichskommissar für Preußen

Dresden, 9. Juni

Im Sächsischen Landtage erfolgte heute die erste Beratung des Staatshaushaltsplanes für den Freistaat Sachsen auf das Rechnungsjahr 1932. Die Aussprache eröffnete

Abg. Edel (Soz.)

der im wesentlichen folgenden ausführte:
Aus den Ausführungen des Finanzministers ergibt sich, daß 88 Prozent der Steuererträge in Sachsen vom Reiche vorgeführt werden sind. Die Anleihepolitik, die Sachsen treiben kann, ist in hohem Maße von den Schwankungen der Reichspolitik abhängig, ebenso die Ausgabenpolitik. Deshalb müssen wir die jüngsten Ereignisse im Reiche in den Vordergrund unserer Erörterungen stellen. Wenn wir es noch nicht gewagt haben, durch welche Ursachen die heutige Krise in Deutschland und das Elend ausgelöst worden sind, so haben wir es durch

die Regierungserklärung der neuen Regierung des Herrn v. Papen

erfahren. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Dort wird gesagt: Die Reichsregierung hat sich entschlossen, durch einen förmlich hergestellten Staatsoberbau die materiellen Sorgen der Arbeiterklasse zu beseitigen. Sie haben den Staat in einer Weise verfallen zu lassen und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.

Die Zahlen des sächsischen Etats bilden hierzu eine blutige Satire.

Ein Triumphgeheul über Prünings Sturz von rechts ist die Folge der jüngsten Ereignisse gewesen. Die Nationalsozialisten haben sich mit diesem Wandel um so mehr befreundet und um so mehr die neue Reichsregierung toleriert, als ihnen nun gestattet wird, ihre Würgerkriegsformationen in neuer Auflage aufzulegen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Zunächst wird man allerdings nicht ohne weiteres

die Zusammengehörigkeit der Nationalsozialisten mit der neuen Regierung

anerkennen. Man wird nach dem schönen Heine-Wort handeln:

Kämmer' mich nicht, mein schönes Kind,
Und grüß' mich nicht unter den Linden;
Wenn wir näher zu Seite sind,
Wird sich schon alles finden.

(Sehr gut! h. d. Soz.) Diese milde Coposition der sogenannten nationalen Coposition ist ein demagogisches Mittel zum Zweck. Man hat gesagt, daß wir durch den Marxismus in die heutigen Krisenzustände hineingekommen sind. Die ersten Taten der neuen Reichsregierung zeigen, daß auf Vollen der breiten Massen des arbeitenden Volkes getrieben werden soll, mit deren Verzeihungsbewilligung die Wahlerfolge der Nationalsozialisten und der Reichsparteien überhaupt bestreiten worden sind.

Sind wir überhaupt in einem Wohlfahrtsstaate?

Der sächsische Etat weist eine Einschränkung der Ausgaben um 70 Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1930 auf. Die Bilanzierung des sächsischen Etats ist durchaus problematisch.

Der Löwenanteil der Kürzungen im sächsischen Etat bezieht sich auf Gehalts- und Lohnkürzungen. Das Gerächel des Lohnniveaus kann unmöglich zu dem Maße des Herrn v. Papen passen, noch weniger

die Kürzungen bei den sozialen Kapiteln.

Die Summe für Schuldenüberweisungen wird von 120 000 M. auf 60 000 M. herabgesetzt. Für die Förderung der Reichsbesoldungen sollen an Stelle von 322 000 M. nur noch 160 000 M. verwendet werden. Für die Jugendpflege, die jetzt mit 120 000 M. unterstützt wurde, sollen nur noch 55 000 M. ausgegeben werden. Auch das bedeutet einen sozialpolitischen und kulturellen Rückschritt. An Beiträgen für landwirtschaftliche Vereine, darunter die Arbeiterwohlfahrt, sind nur noch 26 000 M. gegenüber 76 000 M. im Vorjahre vorgesehen. Am Wichtigsten, an der Pflege des Volksgutes, soll gespart werden. In der heutigen Zeit kann das weniger als je verantwortet werden. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Die Summen für die Schwangerenbeihilfen sind überhaupt völlig gestrichen worden. (Dort, dort! h. d. Soz.)

Selbst ein Bismarck hat einst gesagt: „Hat der Staat die Pflicht, für seine hilflosen Mitbürger zu sorgen, oder hat er sie nicht?“ Ich behaupte, er hat diese Pflicht, und zwar nicht bloß der christliche Staat, sondern jeder Staat. Wenn man mir dagegen sagt, das ist Sozialismus, so bestreite ich das gar nicht. Leider haben wir keinen Sozialismus in Deutschland gehabt. Was möglich war, war ein gemilderter Schutz der menschlichen Arbeitskraft, was die Verhütung der politischen Alleinbesitzschaft des Adels, der Großindustrie und der Großpartei. Dieser Schutz der Arbeitskraft steht heute im Mittelpunkt aller Angriffe. Es kommt auf das hinaus, was Bismarck bei einer anderen Gelegenheit gesagt hat:

Ohne die Sozialdemokratie hätten wir nicht einmal das bische Sozialpolitik, was wir heute haben.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) Wir haben es bei allen entscheidenden politischen Kämpfen der letzten Jahre vorausgesagt: Die Schwächung der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, ist notwendigerweise eine Schwächung der Sozialpolitik. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Während man auf der einen Seite sozial- und kulturpolitisch rigoros gespart hat, ist man auf der anderen Seite doch noch von einer Wohlgefühligkeit, die nicht anerkannt werden kann. So sind die Mittel zum Wohlstandsbedarf der Größlichen mit einem Mehrbetrag von 796 000 Mark ausgewiesen. (Leb! dort, dort! links.) Die Verdrängung der materiellen Interessen einzelner Interessengruppen mit dem christlichen Glauben kommt geradezu einer Profanisierung des Gesellschaftslebens dieser Schichten gleich. Wir können uns auch nicht damit einverstanden erklären, daß für die Leipziger Messe 100 000 Mark mehr ausgegeben werden sollen. Wenn schon gespart wird, muß das doch auch bei denjenigen Kapiteln geschehen, die die Industriellen angehen. Die Luftschiffahrt ist noch mit einem Betrag von 1 000 000 Mark vertreten, der gut und gern eingespart werden könnte, wenn auf der anderen Seite keine Summen für Schwangerenbeihilfen und Schuldenüberweisung zur Verfügung stehen.

Was wir jetzt am allermeisten brauchen, ist etwas mehr Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur weiteren Entwicklung. Schwierige internationale Verhandlungen werden geführt, um die deutsche Reparationsverpflichtung zu überwinden. In diesem Zeitpunkt der Verhandlungen hat uns Herr v. Papen gerade noch geschickt. (Sehr gut! h. d. Soz.) Der Mann, der sich zwar national bekennt, der aber dem gesamten Ausland gegenüber als der Repräsentant des früheren militärischen Deutschlands abgetan wird. Wie soll die Ernennung des Herrn v. Papen im Ausland wirken — in einer Situation, wo alles darauf ankommt, die deutsche Not dadurch zu lindern, daß endlich die langen, schleppenden Verhandlungen mit dem Ausland zu einer Verständigung gelangen! Mit den außenpolitischen Forderungen der sogenannten nationalen Opposition ist

es ja sehr still geworden. Zunächst wollen sich diese Herrschaften mit der Reaktion in Deutschland begnügen. Vielleicht wird während des Wahlkampfes auch von der Notwendigkeit gesprochen werden, daß man dem feindlichen Ausland die starke Faust zeigt. Diese Phrasen bringen uns keinen Schritt vorwärts. Wir leben in einer unerträglichen Notlage. Das trifft es besonders zu auf den Kurzen der Reichspolitik einzuwirken. Am nächsten Sonnabend findet eine Konferenz der Länder zugleich mit einer Reichskonferenz statt.

Es wird alles darauf ankommen, daß von den Ländern her dem unerträglichen Kurs einer verhärteten Sparpolitik durch die Reichsregierung ein Einhalt geboten wird.

Die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der sächsischen Regierung können unseren Beifall nicht finden. Wir sind z. B. durchaus dagegen, daß die Ausgleichsteuer für außerhalb Sachsens geschlachtetes Vieh als eine erneute Belastung des Konsums und besonders der Konsumvereine geschaffen worden ist. Wir sind auch keineswegs mit der Einstellung der sächsischen Regierung gegenüber den Gemeinden und den Regiebetrieben einverstanden. Noch weniger einverstanden sind wir mit den Streichungen bei den sozialen Kapiteln und mit den Maßnahmen der sächsischen Regierung auf dem Gebiete der inneren Verwaltung und der Reduzierung.

Wir werden selbstverständlich am sächsischen Etat, wie immer, fäählich mitarbeiten, um die Interessen der Reichsbürger zu verbessern zu helfen. Wir machen uns aber darüber keine Illusionen, daß bei der Zwangsgebundenheit des sächsischen Etats

eine wirkliche Hilfe nicht möglich ist, wenn es nicht durch die kommenden großen Wahlentscheidungen möglich ist, der deutschen Politik eine entscheidende Wendung zu geben.

(Sehr wahr! h. d. Soz.)

Ein besonderes Beispiel dafür, wie weit es auf dem Gebiete der Justiz schon gekommen ist, hat

das letzte Sittauer Urteil

bewiesen. 100 bis 150 Nationalsozialisten sind in Uniform in das Sittauer Volkshaus einmarchiert oder haben einmarchieren versucht. Im Großhainzer Fall wurden Reichsbannerleute wegen Körperverletzung und Landfriedensbruchs zu Sachschadenstrafen verurteilt. Aber welche Strafen haben die Landwehrleute und Krampallenden im Sittauer Falle, wo zweifelslos der Tatbestand des Landfriedensbruchs vorliegt, wenn sie nicht belommen! Es wurden wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs Geldstrafen von 12, 15, 18, 24, 30 und 45 M. verhängt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Das muß doch geradezu zu weiteren Gewalttaten aufregen. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Wenn in einer solchen Weise Recht gesprochen wird, dann ist es die Pflicht der sächsischen Regierung, unabweisend die Verwaltungsbehörden gegenüber zu betonen, daß trotz der nationalsozialistischen Antreiben die republikanischen Stellen ihre republikanische Pflicht zu tun haben.

Man hat immer unter Hinweis auf die krisenhaften Zustände in Deutschland gesagt, dieses System habe verlagert. Dieses System konnte deswegen nicht bestehen, weil durch die mangelnde Macht der Sozialdemokratie solche Repräsentanten dieses Systems herauskommen, wie es Herr v. Papen ist. Wir haben die Regierung Prünings toleriert und sind deswegen im Laufe der letzten zwei Jahre heftig angegriffen worden. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir viele maßgebende Handlungen der Regierung Prünings nicht billigen können.

wir haben versucht, die Macht, die uns gegeben war, öffentlich auszunutzen.

Wenn man nun heute sieht, wohin der Kurs gewendet wird, wenn die reaktionären Absichten der neuen Regierung offenbar werden, dann werden breite Massen des arbeitenden Volkes, die unsere Politik auf den ersten Moment nicht immer verstehen konnten, erkennen, daß es doch notwendig war, daß wir uns mit ganzer Kraft die antirevolutionäre Tat schaffte, entgegengeworfen haben. (Sehr wahr! h. d. Soz.) So werden wir nun auch

die kommende Entscheidungsschlacht

um das Schicksal des arbeitenden Volkes in Deutschland vorbereiten. Die tiefere Ursache dafür, daß wir nicht weiter vorwärtskommen konnten, daß die Krisenzustände nicht gehoben werden konnten, ist darin zu suchen, daß wir zu wenig Sozialismus haben. Darum wird der neue Kampf ein Kampf des arbeitenden Volkes gegen die

Regierung der Adligen und Barone sein. Wir sind uns selbstverständlich des ganzen Ernstes, ich möchte sagen der ganzen Tragik der Situation bewußt. Wenn wir die Verhältnisse in der Welt und besonders in Deutschland durchdringen, bricht die alte kapitalistische Welt zusammen. Es ist so die Höhenkammerung des Kapitals.

Aber dieser wankende Kapitalismus wird gestützt durch die Millionenarmee, die die Hitler-Leute mit einer verlogenen Phrasologie gewinnen konnten.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) Wegen dieser verlogenen Phrasologie, die in Wirklichkeit der äußersten Reaktion nützt, werden wir uns wenden. Nachdem man jetzt erkennt, daß die Schleiher fallen, werden wir, angespornt durch die Not des arbeitenden Volkes und durch die sozialpolitischen Notwendigkeiten des Tages, diese entscheidenden Kämpfe nach dem alten Motto führen, das einst der Führer der Arbeiterbewegung, August Bebel, in einer gleichfalls entscheidenden Situation in Deutschland geprägt hat: Ran an den Feind, und dann drauf und durch! (Bravo! h. d. Soz.)

Die anderen Fraktionredner

Der deutschnationale Fraktionsführer, Herr Professor Siebert aus Chemnitz, nannte den Etat einen schwebenden und kurzfristigen. Er spiegelte barschaft die Notlage unserer Wirtschaft wider. Herr Siebert führte, worüber man sich bei ihm natürlich nicht wundern kann, die wirtschaftlichen Räte auf eine entartete Politik mit ihren sozialistischen Einflüssen und Experimenten zurück, während er dem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems als eine Zwelgung des Marxismus bezeichnete.

Renner von der SPD sprach sich dahin aus, daß im sächsischen Etat der gleiche Kurs wie bei der Papen-Regierung zum Ausdruck komme. Für einen Polizeistaat werde mehr ausgegeben als für einen Wohlfahrtsstaatsbürger. Der Kommunismus habe sich auch diesmal wieder die SPD angereimt. Die ganze Entschlossenheit hätte man auf Grund der marxistischen Geschichtsfenntnisse schon vor zehn Jahren voraussehen können. Die 1½ Jahre Toleranzpolitik gegenüber der Regierung Prünings hätten den Preisen von Papen und Schleicher die Wege geebnet. Der Ministerpräsident Otto Braun, diese Inorrigne Geste der Demokratie, sei davon megalomant, und Hörsing befände sich auf dem Wege zu den Nationalsozialisten. Trotzdem brauche man die Stelle des Reichskommissars nicht heranzuziehen zu lassen. Nach sei es nicht zu spät, gegen die Gewerkschaften könne sich in Deutschland keine Regierung halten. Zum Schluß brachte Renner einen Entschuldigungsantrag ein, die sächsische Regierung zu beauftragen, auf der Ministerpräsidentenkonferenz in Berlin scharfsten Stellung gegen die Regierung Papen zu nehmen, gegen jedes Verbot proletarischer Organisationen aufzutreten und jede neue Massenbelastung und ebenso die neuen Notverordnungen abzulehnen.

Der nationalsozialistische Redner, Herr Rung aus Weidau, vermißte ein Eingehen Edels auf die Notverordnungen des Ministerpräsidenten Braun. Die Regierungserklärung des Herrn v. Papen enthalte nur Tathachen. Die Nationalsozialisten würden in seinen Reden zur neuen Reichsregierung. (Diese Schmeichelei!) Das Kabinett v. Papen sei berufen worden vom Reichspräsidenten, für dessen Wiederwahl sich noch vor wenigen Wochen die SPD eingelassen habe. Die NSDAP sehe im Kabinett Papen bloß ein Übergangskabinett, das die Aufgabe habe, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen durchzuführen, worauf es einem dem parlamentarischen Kräfteverhältnissen entsprechenden Kabinett Platz zu machen habe. Die Nationalsozialisten würden auch an der neuen Situation an der grundsätzlichen Ablehnung der Notverordnungs-politik festhalten und nicht dulden, daß die Verantwortlichkeit für die soziale Reaktion, die Prünings und die SPD, treffe, verschoben werde.

Abg. Dentschel (Wirtschaftsp.) rühmte das Bestreben der Schied-Regierung, den Staatshaushalt auszugleichen und so das Vertrauen nach außen hin aufrechtzuerhalten.

Der nächste Redner, der Volksparteiler Diekmann, forderte eine organische Sparmethode, kritisierte aber, daß dem kulturellen Aufgabengebiet nicht das erforderliche Maß von schonender Behandlung zuteil geworden sei. Eine Neuordnung der Arbeitslohn-situation sei unbedingt notwendig. Die hoffnungsvollen Anfänge des freiwilligen Arbeitsdienstes müßten mit allen Kräften gefördert werden, ebenso das Zielungsweesen. Am das weitere Fortschreiten von Steuerkräften zu verhindern, sei eine Befreiung der Wirtschaft von lähmenden Bindungen notwendig, namentlich der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Zum Schluß verlangte er scharfe Einschreiten gegen den „Kulturblutegelismus“.

Abg. Claus (Staatsp.) trat für beschleunigte Staatsberatung ein, damit im Falle einer Landtagsauflösung (!) wenigstens der Etat unter Dach und Fach sei.

Gegen Papens Staatsstreichgelüste

Abg. Darsich (Soz.)

Der vorliegende Etat ist der Etat eines armen Staates. Das beweist einmal, daß der Steuerertrag um 50 Millionen Mark geringer eingeleitet ist als im Vorjahre. Herr Siebert hat den Steuerertrag als die Folge eines falsch geleiteten Zentralismus hingestellt. In dieser Feststellung liegt nur ein ganz kleiner Bruchteil von Wahrheit. In Wirklichkeit hat man es hauptsächlich mit den Folgen der wirtschaftlichen Notstände zu tun. Ferner ist auch nicht außer acht zu lassen, daß seit dem Verfall der Steuerkommission vom Jahre 1931 der Steuerbehörde 2000 Millionen Mark hinterzogene Steuernerte bekannt geworden sind. In den proletarischen Kreisen gehören diese Steuerhinterzieher gewiß nicht. Dann ist zu bedenken, daß die Ausgaben für Löhne und Gehälter um 36 Millionen Mark gekürzt werden sind. In Beamtenkreisen sind Gerüchte im einen Zahlungsmodus aufgenommen, daß am Jahresende der Einsparung eines vollen Monatsgehältes gleichkommt. Wir warnen die Regierung vor einem solchen Schritte, denn mit Lohn- und Gehaltskürzungen kann man auf keinen Fall die Wirtschaft ankurbeln. (Zuruf des Abg. Siebert: Siehe Preußen!) Wenn die Reichsregierung die Verkäuflichkeit der Ueberweisung des Zuschusses von 100 Millionen Mark nicht gebrochen hätte, dann wäre die preussische Notverordnung nicht nötig gewesen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Endlich beweist die Tatsache, daß die Ausgaben für Renten fast vollständig gestrichen worden sind, daß dieser Etat nicht etwa eine Folge von Verantwortungslosigkeit und lieberlicher Wirtschaft ist, sondern seine Ursache in der entscheidenden Wirtschaftslage hat.

Herr Siebert hat heute das Wort von dem verbeerblichten System gebraucht. Ein System ist allerdings bankrott und verdient beseitigt zu werden: das kapitalistische Wirtschaftssystem. Ist überhaupt der Hinweis notwendig, daß dieses kapitalistische System völlig zusammengebrochen ist und keinen Ausweg mehr weilt? Ist es Schuld des Sozialismus, daß man auf der einen Seite große Mengen von Lebensmitteln ver-

nichtet, während auf der anderen Seite Hunderttausende von Menschen darben und hungern, ist es Schuld des Sozialismus, daß es Millionen Hände gibt, die arbeiten wollen und für die man keine Arbeit schafft! (Sehr gut! h. d. Soz.) Die groß müssen die Ursachen dieses Wirtschaftskrisens noch werden, die Sie (noch rechts) erkennen, daß dieses System beseitigt werden muß. Kollege Siebert hat auch vom „Takt von Berlin“ gesprochen und dabei erklärt, daß die Reichshilfe für Sachsen vom Gesamtarm gegen die Zentrale des Reiches abhängig sei. Wir finden es

unerhört, was die Regierung Papen gegenüber der preussischen Regierung tun wollte.

und was auch den Protest verschiedener Einzelstaaten hervorgerufen hat. Wir hätten gewünscht, daß auch die sächsische Regierung als geschäftsführende Regierung diejenige Stellung genommen hätte. Bei den Etatsdebatten des Jahres 1930 konnte man von der rechten Seite immer hören, es sei kein Wunder, daß wir in Sachsen nichts bekämen, weil wir ein sozialistisches Kabinett hätten. Nun, die Zeiten haben sich geändert, wir haben eine andere Regierung, dabei wird Sachsen aber genau so benachteiligt wie zu Bismarcks Zeiten.

Was haben die Nationalsozialisten zu all diesen Dingen zu sagen? Die Rede des Herrn Rung war ein Rückfall in seine politische Verarmungsfähigkeit. An politischen Dingen hat er gar nichts zu sagen gewußt. Anstehend machen die Nationalsozialisten denselben bedeutungsvollen Prozeß durch, den auch andere Parteien durchmachen mußten, wenn sie an die Verantwortung herangebracht wurden. In seinen Ausführungen klang es sehr von Tolerierung, sogar demagogische Anwandlungen waren bemerkbar. Worauf sich der Nationalsozialismus aufbaut, hat Herr Rung allerdings nicht gesagt. Am so gründlicher hat dies in einer Schrift der Landesvorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, der Staatsrat Schettler, getan. Es heißt dort: Es ist ein Trugbild, daß das Dritte Reich eine Festung bringen könnte. Ein jeder denkt sich unter dem Dritten Reich etwas anderes. Ein nationalsozialistischer Staat wäre kein Staat des Volkes und des Rechts, sondern ein Staat der

600000 Flugblätter

müssen kommenden Sonntag und Sonntag in alle Haushaltungen im Bezirk Ostfahlen getragen werden
Genossinnen und Genossen, die Pflicht ruft! Parteiarbeiter an die Front!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Ostfahlen

„Acht.“ Hartig empfiehlt dem Nazirechner dringend, Grillparzers Wert „Woh dem, der lügt“ zu studieren. (Sehr richtig! v. d. Soz.) Dann würde er sich gewiß auch vor einer Geschichtsfälschung, bei der er von Verbrechen gesprochen hat, hüten.
Mit Entschiedenheit weist unser Redner auch die Art und Weise zurück, mit der der kommunistische Redner von Otto Braun gesprochen hat. Im übrigen erwidert Hartig den Nachweis dafür, daß das sächsische Gebiet wie das freie Volkshochschulwesen in unverantwortlicher Weise geschmälert worden sind. Der Parteipolitiker weist sich auch im sächsischen Gebiet, in dem mit verschiedenen Maßnahmen gemessen werde. (Weiß! v. d. Soz.)

Eine wichtige Regierungserklärung

Ministerpräsident Schick: Der Herr Abgeordnete Hartig hat die Frage an mich gerichtet,

wie sich die sächsische Regierung zur Bestellung eines Reichskommissars für Preußen stellt.

Ich bin gern bereit, ihm hierauf zu antworten, weil ich der Überzeugung bin, daß es sich hier um einen Vorgang handelt, der auch für alle übrigen Länder von Bedeutung ist. Ich bin auch weiter der Auffassung, daß dieser Vorgang losgelöst von augenblicklichen politischen Machtverhältnissen angesehen werden muß.

Sollte es in Preußen zur Bestellung eines Reichskommissars kommen, so wird abzuwarten sein, inwiefern der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung eine der Voraussetzungen des Art. 48 der Reichsverfassung für gegeben erachtet. Die Tatsache allein, daß eine Landesregierung eine geschäftsführende ist, wäre jedenfalls nach meiner Überzeugung nicht ausreichend.

Ich spreche dabei wirklich nicht pro domo. Daß ich und die übrigen Mitglieder der Regierung nicht an unseren Beamten leben, daß wir für unsere Person gern bereit wären, einer anderen Regierung Platz zu machen, habe ich wiederholt von dieser Stelle aus zum Ausdruck gebracht. Und die Zeit ist wahrlich nicht dazu angetan, die Freude an der Forderung eines Ministeramtes zu erhöhen. Es handelt sich für mich lediglich darum, daß mich Reichs- und Landesverfassung verpflichten, das mir anvertraute Gut der Selbstständigkeit des Landes — daß sie ein

hohes Gut ist, wird mancher vielleicht erst nach ihrem Verlust so recht begreifen — nach Kräften zu wahren. Von diesem Standpunkt aus muß ich aber erklären, daß auch eine geschäftsführende, parlamentarisch nicht befähigte Regierung eine in der Verfassung vorgesehene Institution ist und darum allein deshalb, weil sie geschäftsführend ist, noch keinen Anlaß bietet, durch einen Reichskommissar ersetzt zu werden.

Und ebenso wenig sind nach meiner Meinung Staats- und Rassenkämpfer, die eine vom Gefühl ihrer Verantwortlichkeit voll erfüllte Landesregierung nicht zu überwinden vermögen, ein hinreichender Anlaß, die Landesregierung durch einen Reichskommissar zu ersetzen. Damit wäre weder dem Lande noch dem Reiche gedient. Die sachliche Hilfe, die einem in unüberwindliche Schwierigkeiten geratenen Lande durch das Reich geleistet werden muß, würde diesem wahrscheinlich erheblich teurer zu stehen kommen, wenn nicht eine Landesregierung dazwischengeschaltet wäre, sondern wenn die Reichsregierung mit der Bestellung eines Reichskommissars die unmittelbare Verantwortung selbst übernehme.

Ich möchte auch annehmen, daß sich keine Reichsregierung dieser Erwägung verschließen wird, und daß deshalb die Mittel der Reichsregierung — denn darum handelt es sich doch bei der Bestellung eines Reichskommissars — nur dann angewandt wird, wenn wirklich dem Reiche für sein Dasein aus einem Lande schwere Gefahren drohen.

Nachdem noch die Vertreter der kleineren Gruppen gesprochen hatten, schloß nach etwa achtstündiger Sitzung die Aussprache.

Einstimmig wurde beschlossen, die Beträge derjenigen Einkünfte im Etat, mit denen Arbeitsbeschaffung verknüpft ist, vor Verabschiedung des Etatsgesetzes zu veranlassen.

Der Entschuldigungsantrag Kemmer kann heute nicht zur Abstimmung gebracht werden, weil dagegen Widerspruch erhoben worden ist.

Die Weiterberatung erfolgt in den Haushaltsausschüssen A und B.

In der nächsten Woche finden keine Plenarsitzungen statt. Der Präsident wird ermächtigt, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen.

„Feine Leute“

Prozess Caro-Petischel, ein Sittenbild aus der deutschen Großstadt

Vor dem Berliner Landgericht hat am Montag ein Ministerprozeß begonnen, der die Öffentlichkeit schon seit Jahren beschäftigt und in dem bekannte Groß- und Schwerindustriele eine Rolle spielen. Mehr als drei Tausend Personen gehörten jener Klasse von Großindustriellen an, die in Deutschland Wirtschaftspolitik machen und die amtliche Wirtschaftspolitik in den letzten Jahren außerordentlich stark beeinflusst haben.

Gegner in dem Prozeß sind der Großindustrielle Caro, anerkannter Größe in der Stahlindustrie und in anderen Industriezweigen, und der Braunkohlenindustrielle Petischel, der als naseflar Mittelmann der öffentlichen Auseinandersetzungen ist. Besonders seine magerische Braunkohlenpreispolitik gibt immer wieder Anlaß zur Kritik. Man möchte sagen, es ist Matsch und Traisch, was dort vor dem Berliner Landgericht III verhandelt wird. Aber dieser Matsch und Traisch gewährt Einblicke in die Kreise von Leuten, die bei dem neuen Kurs in Deutschland morgen noch wichtiger sein werden als in der Vergangenheit. Vor dem Landgericht III entrollt sich mit dem Prozeß Caro-Petischel ein sozialistisches Bild, äußerst plastisch und von anziehendem Reiz.

Kurz der Sachverhalt: Caro hat eine Tochter Vera, die Gefallen an dem Sohn des Braunkohlenindustriellen Petischel, der aus der Tschechoslowakei stammt, gefunden hat. Dr. Ernst Petischel, der Sohn des Braunkohlenindustriellen, behauptet allerdings, Vera wäre ihm nachgelaufen. Wie die Dinge lagen, ist gleichgültig. Tatsache, daß in Marienbad eines guten Tages — es war noch im Krieg — die Verlobung und später die Verheiratung zustande kam. Riso eine typische Großindustriellenheute. Millionen pagten eben zu Millionen. Der Streit entsand aus der Nitgift. Vater Petischel soll erklärt haben, daß er für das junge Paar selbst sorgen werde. Dazu würden die Braunkohlenprofite schon langen. Caro blieb aber dabei, daß er seiner Tochter 400 000 M. in die Ehe mitgeben wolle. Nun behaupten die Petischels, diese 400 000 M. wären nie gezahlt worden. Darüber ging die Ehe in die Brüche.

Nat nun Caro die 400 000 M. gezahlt oder nicht? Caro sagt, er hätte während des Kriegs gut verdient, Millionen verdient. Er habe aber zu den Banken — wahrscheinlich, was glaubhafter klingt, zur Mark — kein Vertrauen gehabt. Deshalb habe er in seiner Privatwohnung die Kleinigkeit von 15 Millionen Mark aufgespart. Davon habe er die Nitgift bezahlt, und zwar in zehn Tausendmarktscheinen. Nun will Caro dem Großindustriellen das Geld persönlich gegeben haben. Petischel habe nicht gewünscht, daß ihm die Restsumme über eine Bank überwiesen werde. Wegen Devisenvorschriften! Das bestreitet Petischel. Nun hat Caro seinerzeit eine Quittung vorgezeigt, nach der Petischel bestreitet, daß er als Nitgift für seinen Sohn Ernst 400 000 M. erhalten habe und daß er, Petischel, sich verpflichtet, diese Summe auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Diese Quittung ist nicht mehr vorhanden. Caro behauptet, die Quittung wäre einem polnischen Rechtsanwalt übergeben worden, der verstorben sei. Petischel behauptet, die Quittung sei überhaupt gefälscht gewesen und Caro hätte sie, als er in einer kritischen Situation — die Quittung sollte beschlagnahmt werden — die Toilette aufsuchte, einfach vernichtet. Darum geht der Streit, der nun schon seit Jahren unterirdisch geführt wird.

Man gewinnt Einblicke in die Welt der Großindustrie, in die Welt, die unheimlichen Einfluß auf die Politik der letzten Jahre ausgeübt hat. Petischel sagt, Caro sei aus Polen, seine wissenschaftlichen Leistungen seien bestritten. Caro gibt zu, daß er aus Boda stammt, nimmt aber für sich in Anspruch, daß sein Vater bereits für Deutschland Konjunkturdienste geleistet, daß man ihm deshalb jede gewerbliche Tätigkeit in Polen verboten habe, so daß ihm nichts anderes übrigbliebe, als nach Deutschland auszuwandern. Caro hat in Deutschland auf der Technischen Hochschule in Berlin studiert, er wurde der Erfinder eines synthetischen Stoffs, des bekannten Kalitrids. Die Patente will er dem Reich während des Kriegs ohne Gegenleistung zur Verfügung gestellt haben. Sicherlich ist an der wissenschaftlich-technischen Leistung Caro nicht zu zweifeln. Aber wenn auch die Uneigennützigkeit dieses Mannes gutreffen sollte, ist er doch auf seine Kosten gekommen. Jedenfalls machen die Denunziationen Petischels, der ja selbst jüdischer Zuzünder ist, gerade keinen guten Eindruck.

Aber Caro rebanchiert sich. Er legt Petischel von der sozialpolitischen Seite an. Er wirft ihm vor, daß Petischel zu einer Zeit, Ende des Kriegs, da die Großindustrie nicht wukte, wohnt mit den Millionen, eine Sekretärin

beschäftigt habe mit 50 M. Monatsgehalt. Petischel sei so geizig gewesen, daß diese Sekretärin Kojen für Trofschen usw. im Dienst von Petischel gebraucht, von ihrem Junggeheiß begahen mußte. (Andererseits unterläßt Petischel die Rechtsparalelen in Deutschland mit Millionen. Die Red.) Weiter enthielt Caro, die Hausangestellten des jungen Paares seien spottniebig bezahlt worden. Dr. Ernst Petischel, also der Schwiegersohn Caros, habe es trotzdem fertiggebracht, diesen Hausangestellten von ihrem Gehalt noch die Sozialbeiträge abzuziehen. Er, der Schwiegersohn, hätte sich moralisch verpflichtet gefühlt, den Leuten ihre abgezogenen Sozialbeiträge zu ersetzen.

Ratigungsgeordnete als Petischels Agent

Am Donnerstag kam es zu sehr interessanten Enthüllungen. Der Verteidiger Caros machte davon Mitteilung, daß sich nach einer Auskunft des preussischen Innenministeriums vor einiger Zeit ein nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter nach der Staatsangehörigkeit Wehmer Caros erlaubigt habe. Diese Anfrage des Ratigungsgeordneten geschah im Interesse des Ausländers Petischel. Danach scheinen die Nazis für ihre Methoden vollendeter nationaler Würdelosigkeit eine neue Nuance gefunden zu haben, die Ausplumierung fremder Welt- und Nitgiftgeheimnisse nämlich, natürlich zu Ruh und frommen eines Ausländers.

Aus aller Welt

Das christlich-nationale System

Deutsheimlichkeiten

Im Deutsheim-Prozess wurde am Donnerstag der Sparvertrag Wehmann erörtert. In diesem Fall wird neben Herrn Joppel vor allem auch Cremer jun., der Sohn des Luxusprofessors, der Intreue bestraft. Bei der Deutsheim war am 23. April 1929 der Name Freig ein Siedervertrag über 2000 M. abgeschlossen worden. Ein gewisser Wehmann trat in diesen Sparvertrag ein, worauf man die Sparsumme auf das Jephische, auf 20 000 M. erhöhte. Dieser Wehmann war allerdings nur eine Strohpuppe, gerade gut genug, um eine empörende Scheidung zu tarnen. Herr Cremer jun. gab zu, daß dieser Wehmann nur eine vorgegebene Person war und daß in Wirklichkeit der Sparvertrag für ihn, den Sohn des Professors, abgeschlossen wurde. Cremer jun. schämte sich nämlich, bei der Aufteilung selbst hervorzutreten. Der Sachverständige Grabe legte dar, daß die Aufteilung des Sparvertrags, der von dem betriebsfremden Professorensohn unter falschem Namen abgeschlossen worden ist, völlig vertragswidrig war und vor allen Dingen zum schweren Schaden der anderen Sparte erfolgte.

Fabrik in die Luft geflogen

In der Bänbühnenfabrik des Treibhofer Werkes der Dynamit AG. bei Rön explodierte am Donnerstag mittags 20 000 kg. Das Fabrikgebäude wurde durch die Wucht der Explosion vollständig zerstört. Da zur Zeit der Explosion niemand im Betrieb war, sind Menschenleben glücklicherweise nicht zu beklagen.

Arch im Skarel-Prozess

Im Skarel-Prozess kam es am Donnerstag zu einem Zwischenfall, als Rechtsanwalt Dr. Krausbach, der Verteidiger des angeklagten Bürgermeisters Kohl, das Verhalten der Staatsanwaltschaft scharf kritisierte. Der Rechtsanwalt gab seiner Ansicht Ausdruck, daß sich die Staatsanwaltschaft bei der Vertretung der Anklage nicht immer von sachlichen Erwägungen habe leiten lassen. Insbesondere die Anklage gegen den Bürgermeister Kohl sei „ganz abgequatschert“ ausgefallen. Staatsanwaltschaftsleiter Dr. Weihenberg, der antwortend ein Gegner des Nationalismus ist, fügte sich durch diese Bemerkung so getroffen, daß er erregt aufsprang und den Saal verließ, wobei er die Tür mit lautem Krachen hinter sich zumarf. Auf eine Frage des Vorsitzenden, Kammergerichtsrat Rehner, erklärte Rechtsanwalt Krausbach, daß

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden noch mancherlei amüsante Details ausgeplaudert, die beweisen, daß wirklich nicht alles Gold ist, was glänzt. Nachdem sich die Verteidiger Wehmer Caros darüber aufgehalten hatte, daß Ignaz Petischel die 10 Millionen Mark Nitgift, die der Familie Caro von ihm versprochen worden waren, niemals gezahlt hat, äußerte sich Wehmer Caros über seinen ehemaligen Schwiegersohn Petischel, den er eine ungemein unerfreuliche Erscheinung nannte. Er sei bösbärtig, kleinlich und ungeistig gewesen, ein Mensch, der nur an seinen materiellen Vorteil gedacht habe. Als sich Wehmer Caros auch den Vater Petischel vorstellte, warf die Gegenpartei dem Angeklagten vor, daß er die ganze Familie Petischel mit seinem Hof verfolge. Wehmer Caros rief daraufhin entrüstet: „Das heißt doch wirklich, die Dinge auf den Kopf stellen. Wir wirft man Hof gegen die Petischels vor, nachdem ich durch das jahrelange Treiben dieser Familie gezwungen bin, an dieser Stelle zu stehen.“ Große Heiterkeit erregte die Verleumdung von Petischel, die Wehmer Caros und Petischel früher aufeinander gehalten haben und die von Komplimenten und Schmeicheleien nur so triefen. Wehmer Caros erklärte dazu, daß er tatsächlich früher Petischel als seinen besten Freund betrachtet habe, später habe er allerdings erkannt, daß er sein größter Feind sei. Wohlthätigkeit habe für Petischel nur da existiert, wo er sie an die große Glocke hängen konnte. Im Krieg habe er einen Lazarettzug und ein Wundhaus gestiftet und dabei noch ein gutes Geschäft gemacht.

Sachsen

Die gemeingefährliche Butterpolitik

Der Verband Sächsischer Industrieller hat sich auf Grund der fortgesetzten Mitgliederstreifen bei ihm eingehenden Beschwerden über die durch die Regelung des deutschen Butterzolltarifs hervorgerufenen Vorkommnisse an den nordischen Länder und Holland an den Herrn Reichspräsidenten, Reichsminister, Reichswirtschaftsminister und an den Reichsverband der Deutschen Industrie wiederholt mit der dringenden Bitte gewandt, alles zu unternehmen, um dem die Arbeitslosigkeit ersprechend erhöhenden Auftragsrückgang aus diesen Ländern, der einem Verlust gleichkomme, entgegenzutreten. Die Abhebung von Aufträgen bei der holländischen und nordischen Konkurrenz nehme ununterbrochen zu. Gleichzeitig dringe die englische Konkurrenz mit großer Jähigkeit und unterstützt von Regierung und Presse überall vor. Der gegenwärtige Zustand führe zu weiteren Vertriebszusammenbrüchen, zu einer Zunahme der Arbeitslosigkeit und zu schwerster Beunruhigung der notleidenden Gebiete.

Jetzt klagen diese Leute vom Verband Sächsischer Industrieller Stein und Bein über die Folgen der Politik, die im Interesse der Agrarier getrieben wird. Aber politisch sind sie eng mit den Agrariern verbunden, aus deren Einfluß die für unsere Ausfuhr so gefährliche Butterpolitik zurückzuführen ist. Man glaubt, die Agrarier als Verbündete im Kampf gegen die Arbeiterklasse nicht entbehren zu können, und so haben die Herren Industriellen nichts getan, um zu verhindern, daß auch in der deutschen Republik der Einfluß dieser Leute nur allzu groß wurde. Jetzt haben sie den Schaden davon. Das Bedauerliche ist nur, daß auch die Arbeiter diese verhängnisvolle Butterpolitik mit Arbeitslosigkeit und Elend begahen müssen.

Auffhebung der Rotverordnungen über die Geschäftserweiterung der Sächsischen Staatsbank. Die Rotverordnung über die Geschäftserweiterung der Sächsischen Staatsbank vom 31. Juli 1931 und die zu ihrer Durchführung ergangene Verordnung vom 28. September 1931 werden, wie das Sächsische Gesetzblatt vom 9. Juni (Nr. 18) mitteilt, am 8. Juni aufgehoben.

Bei seiner Ausführung sachlich aufrechterhalten müsse. Nach diesem Vorfall ergreift Rechtsanwalt Dr. Landsberg das Wort, um für seinen Klienten, den Angeklagten Stadtrat DeGENER, zu plädieren.

Der Frau die Hände abgehackt
Zeulenroda, 9. Juni. Eine blutige Familienszene ereignete sich am Mittwoch nachmittag im Hause Schleichhausstraße 1. Dort schlug der 34jährige Wertmeister Kurt B. nach einem Streit seiner 27jährigen Ehefrau mit einem Beil die Hände ab. Beim Eintreffen der Polizei gab die Verletzte nur noch schwache Lebenszeichen von sich und starb kurze Zeit darauf.

Wir erfahren zu diesem Vorfall folgende Einzelheiten: B. konnte seine Frau des Ehebruchs überführen und lag in Haft. Seit einigen Monaten hatte er seine Familie verlassen und wohnte in Berlin bei seinen Eltern. Am Mittwoch nachmittag erschien B. nun mit seiner Schwester in seiner Zeulenrodaer Wohnung, um die beiden Kinder im Alter von drei und vier Jahren sowie einige Möbel abzuholen. Bei dieser Gelegenheit verlangte er von seiner Frau u. a. die Herausgabe von Briefen aus dem Schreibisch. Da seine Frau dieses Ansuchen ablehnte, beauftragte er einen Arbeiter, ein Beil aus dem Keller zu holen. Mit diesem Beil wurde der Schreibisch geöffnet. Daraufhin kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Eheleuten, in deren Verlauf B. mit dem Beil auf seine Frau einschlug. B. wurde verhaftet.

Freitod einer Rekordfliegerin

Paris, 9. Juni. (Fig. Drabik.) Die in Frankreich ansässige deutsche Fliegerin Lena Bernstein, eine geborene Leipzigerin, die im Jahre 1929 Inhaberin des Eisenmühlens- und Dauerweltrekords für Fliegerinnen gewesen ist, ist am Donnerstag früh auf dem Rennplatz von Vichy bei Alger tot aufgefunden worden. Frau Bernstein war vor einigen Tagen in Vichy eingetroffen, um einen neuen Rekordflug vorzubereiten, da ihr die französische Fliegerin Rastis im Jahre 1930 die beiden Weltrekordtitel geraubt hatte. Man nimmt an, daß die Fliegerin Selbstmord begangen hat; sie hatte mit den Vorbereitungen des Fluges derartige Schwierigkeiten (ein Apparat ist durch einen Sturm vernichtet worden), daß sie bereits auf ihr Unternehmen verzichtet und sich von einer Pilotenabteilung engagieren lassen wollte.

Die großen Glückstage!

Morgen und Montag garantiert Ziehung
Hygiene-Museums-Geldlotterie

31 375 Gewinne = RM. 90 000.—
Höchstgewinn M. 20 000.—, Hauptgewinn M. 10 000.—,
1. Prämie M. 10 000.—, 2. Prämie M. 5 000.— usw.

Die Lotterien Lose zu M. 1.— und 0,50-Marktscheine zu 2, 5 und 10 Lose in allen Lotterieschichten oder direkt durch 5000. Wohlhabendsten Dresden A 1, Wilschauerstraße 2.

CAPITOL

Hermann Thimig
Mein Freund, der Millionär



Ein scharmanten Tonfilm-Lustspiel mit

Maria Meißner, Liselotte Schaack
Olga Limburg, Jacob Tiedtke, Ernst Dumcke

Die Geschichte eines modernen
Hans im Glück

Heute Freitag Premiere

„Paß auf, das Glück schwebt durch dein Zimmer“
„Mit diesem Lied will ich dein Herz erringen“

Täglich 4^h 6^h 8^h

Gute Bücher, Kunstdrucke kauft man in der Volksbuchhandlung und deren Filialen

Kuchen-Krahmer

Eine feine, pikante
Obsttorte

für wenig Geld
können Sie sich selbst machen. Ich liefere Ihnen den Mürbetelboden groß und gut schmeckend zu einem noch nie dagewesenen **35** Pfennig Preise von nur **35** das Stück

12 Sorten Krahmer-Kuchen Stück **6** und **8** Pf. schmeckt fein und ist immer frisch.

Nicht 4 Pf., sondern nur **3** Pf. kosten meine großen **Semmeln**

Für das Wochenende:
Saftige Napfkuchen Stück **25** und **50** Pf.

Mein Schlager! **Runde Kuchen** Stück **30** und **40** Pf. wie: Quark, Eierschecke, Apfel, Mandel, Streusel, Bienenstich.

Gutes Brot für wenig Geld, Stück **48**, **55** u. **60** Pf.

Für das Bad und zum Wandern:

Feinstes Teegebäck 1 Pfd. von **50** Pf. bis **1** M.

Wer rechnen muß, kauft bei **Kuchen-Krahmer!**

Meine 16 Filialen erwarten Sie:

- | | |
|------------------------------------|--|
| 1. Webergasse 1 (am Altmarkt) | 10. Leipziger Straße 150 (Micktoner Bahnhof) |
| 2. Wallstraße 21 | 11. Annenstraße 27 |
| 3. Wallstraße 5 (am Postplatz) | 12. Hechtstraße 38 |
| 4. Amalienstr. 15 (neb. d. Kshapo) | 13. Wittenberger Straße 28 |
| 5. Hauptstraße 26 | 14. Schäferstr. 13 (a. d. Markthalle) |
| 6. Schandauer Straße 59 | 15. Hubertusplatz |
| 7. Alaunstraße 2 (am Albertplatz) | 16. Oesterreicher Straße 37 |
| 8. Kesselsdorfer, Ecke Poststr. | Verkaufsstelle Borsbergstr. 18 c |
| 9. Striesener Straße 16 | |

die große Werbung für Alsobere KONFEKTION



Alle warteten darauf - Hier ist sie! Mit gründlich vorbereiteten Angeboten, mit Leistungen, mit Qualitäten, mit Preisen, von denen Ihnen diese Beispiele nur einen kleinen Begriff geben können.

Jugendlicher Mantel reinwollener Gambia, mit vollständigem Pfandfutter, imprägniert u. kostet nur **15⁰⁰**

Fescher Gabard. - Mantel für Reise, Regen u. Sport, mod. Steppkragen, Revers, beste Verarbeitung. **25⁰⁰**



Flottes Charmeuse-Kleid mit Ajourkragen, Faltpartie und Bolerjäckchen **8⁵⁰**

Bedrucktes Marocainkleid mit festem Hüftvolant und reicher Rüschenverzierung **14⁵⁰**

Entzückendes Complet a. bedrucktem Marocain, m. weißem Oberteil, Glasknopf und Ledergürtel **19⁵⁰**

Reizendes Georgettekleid mit Maroc.-Unterkleid, fest. Schulterkragen u. Glockenrock **24⁵⁰**

Alsobere



Schwach der Krise

Der Verkauf geht weiter!

Durch unsere Serientage
Tausende u. aber tausende haben uns in den letzten Tagen besucht,
weil sie die ungeheuren Preisvorteile dieser Veranstaltung
klar erkannt haben! - Machen auch Sie sich diese
außergewöhnliche Kaufgelegenheit zunutze!

REKA

RESIDENZ-
KAUFHAUS

Fm-Erfrischungsraum: Schnitzel mit verschied. Salaten 80g Eine Tasse Kaffee und 1 Obsttörtchen m. Sahne 38g

MORD

PROZESS MARY DUGAN

Der sensationelle Kriminal-Tonfilm in deutscher Sprache nach dem gleichnamigen weltberühmten Bühnenstück.

Hauptrollen:

Nora Gregor/Arnold Korff

Ein Kriminalfilm, der geradezu seherhafte Spannung vom ersten Akt bis zur völlig unerwarteten Lösung erzeugt.

Täglich 1/5, 1/7, 1/9 Uhr / Fernsprecher 11387

MS-Lichtspiele
Moritzstraße 10

Inferieren bringt Gewinn!

Waren Sie schon ???

in der Konfektion- u. Wäsche-Etage
am Pirnaischen Platz



Täglich Eingang von entzückenden Neuheiten in billigen Sommerkleidern und Mänteln

Fahrräder
von 46 M. an, mit Garantie.
Zubehör
Radio
Werkzeuge
Billigste Preise.
Spezialhaus
Wettinstraße 12
(Tivolli) 1w 25

Leser der Volkszeitung



Sachvertr. Arbeiterpartei

am Montag

Die aktuelle Wortsetzung der sächsischen Arbeitsgesetze o. bei der Post bereitlt aus-tuch 90 Pf. o. Zu haben auch in alle. Volksbuchhandlungen und bei allen Volkszeitungsträgern o o o

Bestellungen u. Inserate
für die Dresdner Volkszeitung
sämtl. Werbepost u. andere Werke
werden entgegen genommen
in Erachenberge, Großenbainer
Straße 121.

Cunnersdorf b. Schönfeld
Bestellungen
auf die Dresdner Volkszeitung, alle
Parteiliteratur und sonstige Bücher,
sowie Inserate für die Volkszeitung
nimmt entgegen Kolporteur
Max Treffkorn, Cunnersdorf
Nr. 15a

Ja... GEG-Seifen...



BimssteinseifeStück	10 Pf.
GlycerinseifeStück	12 Pf.
TeerseifeStück	22 Pf.
KinderbadesoifeStück	20 Pf.
LanolinseifeStück	20 Pf.
EibischwurzelseifeStück	20 Pf.
ButtermilchseifeStück	22 Pf.
LilienmilchseifeStück	25 Pf.
Oliven-Seife (Palm-) Stück	15 Pf.
Lezithin-Seife Stück	15 Pf.
Feinseife 170 Gramm Stück	25 Pf.
Strandgut schwimm. Badesoife Stück	15 Pf.
Feinste Waldkräuterseife Stück	28 Pf.
Badesoife Stück	30 Pf.
Spanische Fliederseife Stück	45 Pf.
Rasierseife in Aluminium-Dose	..	40 Pf.
Rasierseife Ersatzstange	22 Pf.
Rasiercreme in Tube	55 Pf.
Rasierseife als Päckchen	15 Pf.
Flüssige SeifeFlasche	50 Pf.
Kopfwaschpulver Beutel	15 Pf.

KVD
Konsumverein
Altecke Nr. 20 in Pirnaischen

VORWÄRTS

LEBEN+WISSEN+KUNST

43. Jahrg. — Nr. 134

BEIBLATT DER VOLKSZEITUNG

Freitag, den 10. Juni

Gibt es noch Kriegsgefangene?

Aus dem Archiv der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener

Der rätselhafte Fall des in der Sommerschlacht 1916 vermißten und jetzt in seine bairische Heimat zurückgekehrten Oskar Daubmann hat Dundertausende von Angehörigen vernünftiger Arbeitsteilnehmer in Unruhe versetzt. Behörden und Verbände arbeiten fieberhaft an einer Klärung dieser dunklen Angelegenheit. Nach Lage der Dinge dürfte eine restlose Klärung wohl nur dann möglich sein, wenn die Archive Frankreichs stichhaltiges Material über die Zusammenhänge des Falles Daubmann aufweisen. Weitere Bemerkungen über diesen eigenartigen Fall seien einer Schlussbetrachtung vorbehalten.

Die seit Jahren in gewissen Zeitabständen in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder auftauchenden Nachrichten unter Stichworten wie:

Noch Kriegsgefangene in Sibirien? — Deutsche Kriegsgefangene auf der Inselinsel — Der letzte Kriegsgefangene heimgeführt

werden zu einer offensichtlichen Gefahr. Sie bilden einen Herd ständiger Unruhe und unerträglicher seelischer Belastungen für weite Volksteile. Es wird höchste Zeit, das Problem der Kriegsgefangenen- und Vermisstenfrage aus der Atmosphäre sensationeller Darstellung in das Licht sachlicher Betrachtung zu rücken.

Nach den amtlichen Statistiken der ersten Nachkriegsjahre gab es

220 000 vermißte deutsche Soldaten.

Sie waren teilweise ein Opfer des „Niemandlandes“ zwischen den Fronten geworden und zum anderen Teil in der Gefangenschaft verschollen. Durch die umfangreichen Nachforschungen des Zentralnachrichtendienstes für Kriegerverluste und Kriegsgräber, der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener und anderer Frontkämpferverbände konnten im Verlaufe der letzten 10 Jahre zehntausende zweifelhafter Fälle geklärt werden. Diese Vermissten wurden in die Liste der Toten des Weltkrieges aufgenommen. Ebenso die vielen Vermissten, die auf Antrag ihrer Angehörigen für tot erklärt wurden, weil nach Lage der Dinge jede Hoffnung auf eine Heimkehr aufgegeben werden mußte. 140 000 Fälle fanden auf diese Weise ihre Endgültigkeit.

Wie steht es mit den anderen 80 000?

Der größte Teil dieser unaufgeklärten Missetfälle dürfte auf das Konto der Kriegsgefangenschaft entfallen.

Nach einem Bericht des Pariser Temps vom 15. August 1923 gab der französische Kriegsminister die Zahl der Deutschen in französischer Gefangenschaft mit 42 655 an, von denen in der Gefangenschaft 22 105 Horden. Der Verlust an Toten dürfte aber in Wirklichkeit erheblich höher sein. Als im Jahre 1920 die Rückführung der Hauptmassen der Gefangenen aus Frankreich/Belgien beendet war, errechnete die deutsche Statistik die

Zahl von 43 251 unaufgeklärten Missetfällen.

Ueber den Verbleib dieser Vermisstenarmee konnte keine Auskunft gegeben werden. Doch in dieser getragenen ungeheuerlichen Zahl Fehlerquellen vorhanden sein müssen, ist kaum zweifelhaft.

Aber auch wenn man annimmt, daß die Franzosen die Zahl der von ihnen unmittelbar in die abgetrennten Gebiete entlassenen Gefangenen mit 25 310 zu niedrig angegeben haben, daß ferner einzelne Heimkehrer nach ihrer Rückkehr die ordnungsmäßige Abfertigung in den deutschen Durchgangslagern nicht abgewartet haben und auch wohl in den französischen Listen durch Namensverwechslungen und doppelte Eintragungen Fehler entstanden sind, bleibt die Tatsache, daß die Franzosen über den Verbleib zehntausender in Gefangenschaft geratener deutscher Kämpfer bislang keine Auskunft geben konnten.

Für den Kenner der damaligen Verhältnisse besteht allerdings wohl kein Zweifel darüber, daß

ein großer Teil dieser verschwundenen Armeesich aus den Toten rekrutiert,

die auf dem Wege von der Front zum Lazarett des Feindstaates ihr Leben aufgaben und ohne nähere Feststellungen irgendwo begraben wurden. Auch dürften in manchen Lagern, wie zu B. dem Schreckenslager Canbar und anderen, in denen zeitweise ungläubliche Verhältnisse herrschten, ordnungsmäßige Listen über die Verläufe an Toten kaum geführt sein. Auch in manchen Lagern Afrikas waren ähnliche Zustände zu verzeichnen.

Wenn man berücksichtigt, daß

die Engländer bei 328 020 deutschen Gefangenen keine unaufgeklärten Missetfälle

hatten, wird klar, welche schwere Anklage gegen die französischen Behörden die große Zahl der in Frankreichs Gefangenschaft vermißten Deutschen bezieht. Wenn bis heute über das Schicksal dieser Armees hinter Frankreichs Stacheldraht keine Aufklärung ge-

schaffen werden konnte, liegt die Schuld daran in der Gleichgültigkeit und den Unterlassungssünden französischer Behörden.

Kann man aus dieser Sachlage folgern, daß die Franzosen nach der Auslieferung der Hauptmassen der Gefangenen im Jahre 1920 noch

„heimliche Straflager“

unterhielten und vielleicht heute noch unterhalten?

Gemäß haben in und nach dem Kriege in Frankreich und Afrika Straflager bestanden. Wer möchte nicht nach mit Bitterkeit an das „Spezialdepot von Avignon“ und an jene 500 deutschen Männer, die, wegen meist geringfügiger Vergehen zu schweren Strafen verurteilt, in Avignon und den Nebenlagern Quers und Agat nach Jahre nach dem Kriege auf ihre Befreiung warteten! Der letzte dieser „Reignoner“, Otto Neuter, ein Sohn des Erzgebirges, konnte

erst am 1. Februar 1923 wieder deutschen Boden betreten.

Man hatte den völlig Unschuldigen nur auf Grund einiger Tagebuchnotizen zum Tode verurteilt und dann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt“. Weil Neuter in seinem Tagebuch von brennenden Dörfern, erschossenen Franziskanern usw. geschrieben

hatte, glaubte man zu einer Anklage wegen „Mord, Plünderung und Brandstiftung“ berechtigt zu sein.

Otto Neuter war der letzte aus Frankreich heimgeführte Kriegsgefangene.

Seine Rückkehr war der Schlüssel unter das Kapitel „Kriegsgefangenenstraflager in Frankreich“. Diese Tatsache kann trotz allen anderslautenden Gerüchten nicht ernsthaft bezweifelt werden. Und wie steht es mit den „nach Cayenne und der Teufelsinsel verschleppten Kriegsgefangenen“?

Es sind zweifellos nach dem Kriege eine ganze Reihe Deutscher auf die Teufelsinsel und nach der französischen Verbrecherkolonie Guayana (Cayenne) in Südamerika verschleppt worden. Der am 24. April 1922 heimgeführte Alfons Paul Schwarz war einer von ihnen. Gleichfalls sein einstiger, schon 1920 heimgeführter Leidensgenosse Hermann Bietlich. Aber beide können nicht als Kriegsgefangene (im Kriege in Gefangenschaft geratene deutsche Soldaten), sondern müssen als

politische Gefangene

bezeichnet werden. Schwarz wurde bekanntlich erst im Februar 1919 wegen seiner nicht geklärten Staatsangehörigkeitsverhältnisse (nach französischer Auffassung!) in Reich verhaftet. Bietlich stand als Sozialist im Dienste der Militärbehörden. Nach Robert Stange, der am 5. Februar in Cayenne starb, fiel erst nach dem Kriege in Strassburg den Franzosen in die Hände und wurde damals auf Grund sehr leichtfertiger Auslagen einer Französin zu 20 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Anklage stütze sich auf angebliche Verfehlungen Stanges als Angehöriger der deutschen Besatzungstruppen in Frankreich. (Fortsetzung folgt.)

Wahn-Europa 1934

Nachdruck verboten. Copyright 1931 by Fackelreiter-Verlag. G.m.b.H., Hamburg-Bergedorf

14 Eine Vision. Von HANNS GOBSCH

„Bitte, lieber Brionne, lassen Sie die Depesche doppelt diffuzieren und ohne Zeitverlust tunfen.“

Der Posthelfer überliest die Sätze. Sie tanzen vor seinen Augen wie hässliche Teufel. Er denkt an Frankreich, das plötzlich in zwei Teile auseinanderbrechen muß wie das Kabinett der Großen Koalition. Brandt und Saint Price — zwei fremde Welten, die bisher nur ein künstlich gezimmertes Steg verband. Wird der Steg jetzt einstürzen?

7.

Wie war das Pariser Ultimatum, das Brandt den Altem verlesete, über Nacht zustande gekommen?

Das Kabinett hatte in seiner Nachsitzung zunächst jenen aufmunternden Beifall geföhrt, der die Belgrader Herren wieder aufatmen ließ. Ohne Kampf war das freilich nicht vonstatten gegangen. Ward und Champelle, die beiden sozialistischen Minister, hatten sich wie Tiger dagegen gewehrt, daß man den Südslaven Avancen machen wollte. Für ihre Partei war die Zeit derartiger Ultimaten, hinter denen schon das Klirren der Bajonette hörbar war, längst vorbei. Aber Saint Price hatte die anderen zwölf Minister überzeugt, daß es noch ein weiter Schritt bis zum Waffenstillstand sei, wenn man sich dagegen verweigerte, daß Italien einen erpresserischen Sieg über den Belgrader Freund zusammenrühre. Die beiden Sozialisten waren an die Wand gedrückt.

Die Morgenausgaben der Zeitungen hatten dann in großer Aufmachung Capponis ultimative Forderung an Belgrad gebracht. Die nationalistischen Blätter gerieten in Wut. Auch die Linkspresse verurteilte mit starken Worten die „imperialistische Politik“ Capponis. Die Pariser begannen diesen 22. August mit der dumpfen Empfindung: es geht ein höchst ungemütlicher Luftzug durch den Süden Europas, und Paris bekommt auch seinen Teil ab.

Wenn Ihr vormittags meldete der Posthelfer Nimbot aus Rom die unerwartliche Unterredung zwischen dem Duce und dem südslavischen Gesandten. Der Südslawe hatte sie seinem französischen Kollegen brüderlich erzählt. Das Ichling am Quai d'Oran wie eine Bombe ein: hundert italienische Flugzeuge sollten nach Albanien angelehrt werden! Siegen dem römischen Diktator die Macht in unverantwortlicher Weise zu Kopf! Frankreich fühlte sich niedergedrückt.

Um zehn Uhr war der Ministerrat zusammengetreten.

Herr Ramoinne, Präsident der Republik, thronte am Kopfende des Beratungskamers. Seine sonst so glatte Stirn war gekübelt, der genierische Mund zusammengezogen. Die Augen, die gewöhnlich wie blaue Schabkugeln aus dem aufgepolsterten Gesicht herausquollen, blinnten nichtvergütigt. Witen im Morgenschlaf hatte Saint Price den jovialen, ewig sportlich-präzisen Präsidenten aus dem Bett seiner Sommerresidenz Rambouillet geholt. So etwas verdroß

Saint Price überlegte mit seiner Persönlichkeit alle Kollegen. Seine Rede war kläglich geföhrt, keinen Argumenten war nicht beigekommen, seine Liebenswürdigkeit bezauberte. Mit verblüffender Dialektik führte er die Maximen seines Gedankengebäudes auf, logisch geordnet fügten sich die Bausteine aufeinander, in unumstößlicher Klarheit wurde darüber der Entschluß geföhrt: Capponis Herausforderung mußte kühlen Herzens angenommen werden! Denn — alles war ja nur ein großer Puff! Herr Capponi bluffte wie ein geriebener Wime, er hielt alle Staatsmänner Europas für basissittliche Trottel, die sofort fuhden würden, wenn er an sein römisches Colarenschwert tippte! Frankreich begehrte Frieden, gewiß, aber nicht das Märtyrertum um des reinen Friedens willen.

Herr Capponi erwägt kriegerische Aktionen so wenig wie wir“, sagte Saint Price mit lächelnder Ueberlegenheit. „Er ist viel zu klug, in seine Veredlungen einen Krieg einzustellen, den er niemals führen könnte! Das falsche Italien — sollen wir uns blenden lassen, meine Herren? Eine schimmernde Fassade, ein gläserner Bau, dahinter bohren die Würmer. Gelbarme Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, die sich hinter unproduktiven Staatsarbeiten verkleidert; die Vira unter ungeheueren Opfern über ihren Wert gehalten, ohne Rohstoffe, die der Kern des Krieges sind! Herr Capponi blufft nur! Wer hat die größere Energie, wer die Kraft, bis hart an die letzte Grenze des Puffs heranzugehen? Nun, Frankreich denkt nicht daran, in dieser moralischen Kraftprobe zurückzuzucken! Denn anderes steht nicht zur Diskussion, meine Herren, es handelt sich um eine Nervensprobe, um das Auswählen kühner Trümpfe auf geistigem Schlachtfeld! Nicht Frankreich und Italien stehen sich mit gepanzerten Leibern gegenüber, sondern zwei Weltanschauungen ringen um den Sieg: Faschismus — Demokratie! Dort nationaler Egoismus, zu leichter französischer Wille gequält, einem mit Tischenspielerkünften konstruierten Geleg untertan, das längst keine innere Wahrheit mehr besitzt — hier Wille zur Völkergemeinschaft, die zu opfern bereit ist um des Ganzen willen! Zwischen diesen beiden Polen ist jetzt der Vorpostenkampf entbrannt. Der Austrag des Kampfes bereitet sich seit zwanzig Jahren vor. Frankreich wird nicht zögern, an der Spitze der europäischen Gemeinschaft für seine Ideale zu stehen. Wir lassen uns nicht von der römischen Gladiatorengeist einschüchtern! Es ist ja doch nur ein Luftspiel, der abzumehren ist ein Puff! Hierzu genügt das entschlossene Betz Frankreichs. Rückend einem Puff zu begegnen, ist die Aufgabe, die Ihnen, meine Herren, in dieser Stunde gestellt ist.“

Nach Saint Price erhob sich der Kriegsminister, General Gummel. Stämmig, mit breiten Schultern und kurzem Hals, stand er am Tisch, die graue Haarbüsche aufwärts gesträubt. Während er sprach zitterte der dicke Schnurrbart über dem breiten gutmütigen Mund. Er ging nicht nach Diplomatentart vor, sondern wie ein schlachter und echter Krieger, der nicht viele Worte macht sondern kurzerhand den Stier bei den Hörnern packt. „Frieden? Selbstverständlich. Aber geküßt wird nicht, meine Herren! Fünf Minuten Schwäche in Paris — und Rom wirt sich für Jahrzehnte in die Siegerbrust! Capponis Flugzeuge, die jetzt nach Albanien schwirren, sind Attaden gegen Frankreich. Wir lassen die römischen Velle nicht in unserem Fleisch stecken! Sonst hätte ich in diesem Saal nichts mehr zu suchen. Ich unterschreibe den Vorschlag des Ministerpräsidenten: kurzbefristetes Ultimatum!“

Das Kabinett war schwerster Belastungsprobe ausgeföhrt. In drei Lager gespalten montete der Kanisf Stundenlang hin und her. Rechts stand unversöhnlich gegen links. Dazwischen dachten die Gruppen der Mittelparteien und hielten die Schlüsselstellung, vermittelnd, bemüht, die Luft zu überbrücken.

Sozialdem. 1934.



Eine Rolltreppe für Fallschuttfahrer

Die neue Fallschuttfahrer Rolltreppe am Wehr von Baiersbrunn, die von den Jar-Becken für den deutschen Kanubereitband gebaut wurde. Ihre Benutzung wird von Vertretern der Interessengemeinschaft der Münchener Kanubereitbande überwacht.

